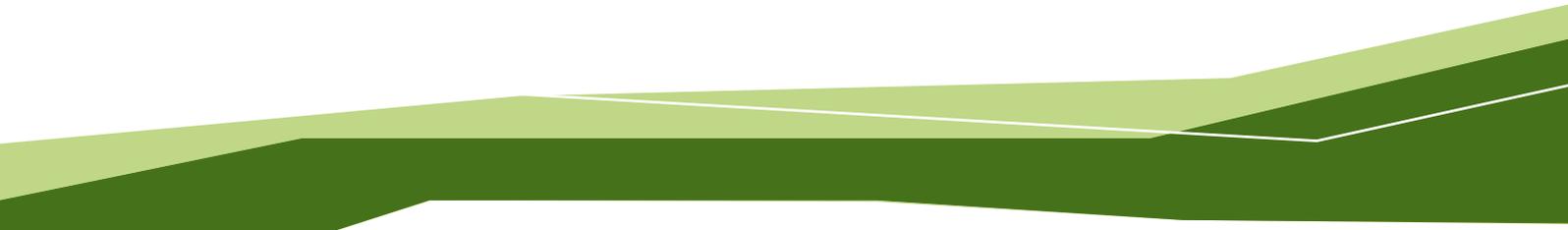


Handreichungen für Kursleitende

A decorative graphic consisting of two overlapping, wavy, horizontal bands of green. The top band is a lighter shade of green, and the bottom band is a darker shade. The bands are separated by a thin white line that follows the contours of the waves.

45 Stunden Deutschland

Orientierungskurs
Politik • Geschichte • Kultur

Johanna Skrodzki
Ondřej Kotas

Ernst Klett Sprachen
Stuttgart

Inhalt

Zur Konzeption von 45 Stunden Deutschland	3
Hinweise zur Unterrichtsgestaltung	6
Kopiervorlagen	24
Multiple-Choice-Tests zu den Modulen	52
Lösungen	59

1. Auflage 1 5 4 3 2 1 | 2012 2011 2010 2009 2008

Alle Drucke dieser Auflage können nebeneinander benutzt werden, sie sind untereinander unverändert. Die letzte Zahl bezeichnet das Jahr des Druckes.

© Ernst Klett Sprachen GmbH, 2008

Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Nutzung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis zu § 52 a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne eine solche Einwilligung eingescannt und in ein Netzwerk eingestellt werden. Dies gilt auch für Intranets von Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen.

Internet: www.klett.de

Redaktion: Coleen Clement

Layout und Herstellung: Katja Schüch

Satz: Regina Krawatzki, Stuttgart

45 Stunden Deutschland ist als Kurs- und Übungsbuch für die bundesweiten Orientierungskurse konzipiert und kurstragend auf den Niveaustufen A2–B1 einsetzbar. Es folgt konsequent den aktuellen Richtlinien des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge („Curriculum für einen bundesweiten Orientierungskurs“, Stand Mai 2007). Das bedeutet, dass nicht nur die Gliederung in drei Module und zwölf Themenbereiche übernommen wurde, sondern auch deren Benennung, Abfolge und Gewichtung. Die Lernziele und Themen, die für die Gestaltung der Einführung und des Kursabschlusses vorgesehen sind, wurden ebenfalls aufbereitet (S. 6/7, S. 80/81). Die Aufgaben und Übungen decken den kompletten Lernstoff ab, so dass alle Feinlernziele realisierbar sind. Damit bereitet *45 Stunden Deutschland* die Lernenden auf den standardisierten und bundesweit einheitlichen Test vor, der ab 2009 am Ende des Orientierungskurses absolviert werden soll.

45 Stunden Deutschland vermittelt den umfangreichen Lernstoff durch eine transparente Struktur, einen kleinschrittigen Aufbau und einen handlungsorientierten Ansatz: Offen formulierte Aufgabenstellungen binden Beobachtungen, Sichtweisen, Meinungen und Kenntnisse der Teilnehmer/innen kontinuierlich ein und ermöglichen dadurch eine aktive Teilnahme am Kursgeschehen.

Zum Aufbau

Einführung / Kursabschluss

Die Einführung in den Kurs und der Abschluss sind jeweils als Doppelseite gestaltet. Dabei spielt am Anfang der Aspekt der Orientierung unter verschiedenen Gesichtspunkten eine Rolle: Orientierung im eigenen Leben, in Deutschland, im Kurs bzw. im Kurs- und Übungsbuch. Am Ende geht es wiederum um Orientierung: Die Teilnehmer/innen stehen vor der Frage, wie sich ihre weitere Lebensperspektive in Deutschland entwickeln könnte – in diesem Zusammenhang werden sie natürlich auch mit dem Thema „Einbürgerung“ konfrontiert. Abschließend wird zudem der Verlauf des Kurses reflektiert und evaluiert.

Module

Den Vorgaben des Curriculums gemäß ist *45 Stunden Deutschland* in die Module *Politik in der Demokratie, Geschichte und Verantwortung* und *Mensch und Gesellschaft* unterteilt. Das Modul Politik umfasst 34 Seiten, das Modul Geschichte 16 Seiten und das Modul Kultur 22 Seiten. Diese Aufteilung spiegelt die im Curriculum vorgesehenen Unterrichtseinheiten für die einzelnen Module und ihren Anteil im Abschlusstest wider.

Die Module sind nicht nur in ihrer Länge unterschiedlich, sondern auch in ihrem Profil: In den beiden Modulen zur Politik und Geschichte Deutschlands müssen politische Strukturen und geschichtliche Ereignisse und Zusammenhänge vermittelt werden, die Teilnehmer/innen sind mit neuen Begriffen und Daten konfrontiert. Um diese zu festigen, nehmen Mehrfachwahlaufgaben sowie Zuordnungs- und Einsetzübungen einen größeren Raum ein als im Kulturmodul. Das Kulturmodul konfrontiert die Teilnehmer/innen hingegen vordergründig weniger mit neuem Sachwissen: „Was ist eine richtige Erziehung?“, „Welche Werte sind wichtig?“, „Welche Rolle spielt die Religion?“ – das sind Fragen, auf die es keine eindeutigen Antworten gibt; durch die gemeinsame Diskussion können die Lernenden aber für diese (inter)kulturellen Themen und die aktuellen Diskurse in der deutschen Gesellschaft sensibilisiert werden und neue Einsichten gewinnen. Die Bilder und Texte – z. B. Stellungnahmen, Fallbeispiele, Überschriften, Zeitungsausschnitte – wecken Fragen und konträre Positionen und dienen als Anregung für den gemeinsamen Austausch.

Was ist ...?-Seiten

Die *Was ist ...?-Seiten* bilden jeweils den Auftakt für die Bereiche Politik, Geschichte und Kultur. Mit ihrer offenen Form – es geht hier keineswegs darum, Sachkenntnisse abzufragen – sollen sie auf die Module einstimmen und bei den Kursteilnehmer/innen Interesse für die neuen Themengebiete erzeugen. Die Aufgaben sind so gestaltet, dass sich die Lernenden mit ihrem Erfahrungshorizont, ihren Meinungen und Voreinstellungen einbringen können. Die *Was ist ... ?-Seiten* sind als zusätzliches und fakultatives Materialangebot zu verstehen, d.h. eine oder mehrere Aufgaben können zur Bearbeitung ausgewählt werden.

Fit für Deutschland? – Das muss ich wissen!

Jedes Kapitel wird mit der *Fit für Deutschland? – Das muss ich wissen!-Seite* abgeschlossen. Die *Fit-Seiten* fassen die wichtigsten Informationen in übersichtlicher Weise zusammen und bieten den Kursteilnehmer/innen die Möglichkeit, die Themen auch außerhalb des Unterrichts selbstständig zu wiederholen und zu lernen.

Glossar

Das Glossar beinhaltet Erläuterungen zu den Begriffen, die im Curriculum aufgeführt und für den Abschlusstest relevant sind. Diese Begriffe sind im Buch unterstrichen. Die Seitenzahlen geben die Seiten an, auf denen die Begriffe fokussiert werden.

Audio-CD / Transkriptionen

Die eingelegte CD bietet zu jedem Modul ergänzende Hörtexte. Diese können entweder im Unterricht bearbeitet oder aber individuell zu Hause gehört werden, um Lerninhalte zu wiederholen und zu festigen. Dabei steht hier nicht das Training des Hörverstehens im Vordergrund, sondern vielmehr die mehrkanalige Informations- und Wissensvermittlung. Damit die Lernenden einen leichteren Zugang zu den Hörtexten haben, sind die Transkriptionen im Kurs- und Übungsbuch abgedruckt. Alle Hörtexte sind zusätzlich didaktisch aufbereitet: Zu jedem Hörtext gibt es ein Arbeitsblatt mit Aufgaben, die vor, während oder nach dem Hören gelöst werden können. Die Arbeitsblätter zur CD sind separat erhältlich unter www.klett.de/45stundendeutschland.

Zum methodisch-didaktischen Ansatz

Transparenz

45 Stunden Deutschland ist transparent gestaltet: Die Navigationsleisten am oberen Rand jeder Seite ziehen sich wie ein Band durch das Buch und geben links die Module und rechts die Kapitel an. Unterthemen gehen aus den Zwischenüberschriften hervor. Basistexte sind grau hinterlegt und mit dem Symbol  gekennzeichnet, zusätzliche Informationen mit , Grundgesetz-Artikel sind ebenfalls hervorgehoben . Verweise  machen darauf aufmerksam, wo sich thematische Zusammenhänge herstellen bzw. Themen verknüpfen lassen. Das Symbol für die CD  (rechts oben auf den meisten Fit-Seiten) weist auf den zum Kapitel passenden Hörtext hin.

Orientierung an den Lernenden

45 Stunden Deutschland setzt am Vorwissen der Teilnehmer/innen an und versucht ihnen durch eine kleinschrittige Aufgabenstruktur den Zugang zu den Themen und Lerninhalten zu erleichtern. Gleichzeitig werden die Lernenden mit Fragen, Bildern und offen strukturierten Aufgaben zu einer aktiven und kreativen Auseinandersetzung mit den Kursinhalten aufgefordert. Um kooperatives Lernen und den Austausch im Kurs zu unterstützen, ist es sinnvoll, in wechselnden Konstellationen Partner- oder Gruppenarbeit durchzuführen. Geeignete Aufgaben sind mit den Symbolen   gekennzeichnet. Natürlich können weitere Aufgaben in Paaren oder Gruppen bearbeitet werden.

Demokratie im Unterricht erfahren

Demokratie wird in *45 Stunden Deutschland* nicht nur als Regierungsform, sondern auch als Gesellschafts- und Lebensform fokussiert und hat zum Ziel, die Teilnehmer/innen für Prinzipien, Werte und Orientierungen der demokratischen Gesellschaft zu sensibilisieren. Die Schlüsselbegriffe, die in diesem Sinn allen drei Modulen zugrunde liegen und in den Aufgaben und Fragestellungen kontinuierlich mitverhandelt werden, sind **Verantwortung** und **Anerkennung**. Beide Prinzipien sind ganz konkret im Kurs gefordert:

- Der Wissenserwerb sollte als gemeinsamer Lernprozess verstanden werden, für den alle durch ihre Partizipation Verantwortung übernehmen.
- Eine anerkennende Haltung gegenüber anderen Positionen ist grundlegend für die Gespräche und Diskussionen im Kurs, da viele Themen persönliche und kulturelle Einstellungen betreffen. Auf der Basis von Verständnis und Toleranz ist auch die Diskussion kontroverser Standpunkte möglich und wichtig.

Selbstständiges Arbeiten

Selbstständiges Arbeiten und Wiederholen sind wichtige Voraussetzungen für den Lernerfolg. *45 Stunden Deutschland* stellt hierfür mit der Auflistung der Lerninhalte im Inhaltsverzeichnis, mit den Fit-Seiten, dem Glossar, der Audio-CD und den Arbeitsblättern, den Links und den Lerntipps ein vielseitiges Angebot zur Verfügung, um den Teilnehmer/inne/n den autonomen Lernprozess zu erleichtern und den Bedürfnissen unterschiedlicher Lerntypen gerecht zu werden.

Die folgenden Ergänzungen zu einzelnen Aufgaben setzen sich aus didaktischen Anregungen, zusätzlichen Informationen und Projektvorschlägen zusammen. Die Kopiervorlagen können begleitend oder als ergänzendes Übungsmaterial im Unterricht eingesetzt werden, um Aufgaben zu bearbeiten und Ergebnisse zu sichern (Kopiervorlagen 6, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19), um Wortschatz und Themen zu wiederholen (Kopiervorlagen 1, 5, 8, 9 bzw. 2, 3, 4, 11) oder um – v. a. in stärkeren Gruppen – Themen inhaltlich zu vertiefen (Kopiervorlagen 7, 10, 12). Damit das Testformat abschließend gezielt trainiert werden kann, steht zu jedem Modul ein passendes Set von Multiple-Choice-Fragen zur Verfügung.

Modul 1: Politik in der Demokratie

Einführung: Was ist Politik?

Ergänzung zu S. 8/9

Die Einstiegsseiten in das Politikmodul laden dazu ein, sich den Themengebieten Politik und Demokratie zunächst ganz grundsätzlich zu nähern. In Aufgabe 1 sollen die Lernenden gesellschaftspolitische Formen und Regeln des Zusammenlebens selbst erstellen, vergleichen und diskutieren. In Aufgabe 2 können anhand der vorgegebenen Situationen Kriterien für politisches Handeln genauer thematisiert werden. Das Thema „Demokratie“ wird in Aufgabe 3 mit den vorgegebenen Aussagen eher theoretisch behandelt, während Aufgabe 4 an Alltagssituationen anknüpft und zu einer spielerischen Auseinandersetzung anregt. Überlegen Sie, welche Aufgabe/n als Einstieg gut zu Ihrer Gruppe passen würde/n, und wählen Sie eine oder mehrere aus.



Auftaktfoto S. 8

Das Foto bietet bereits einen Einstieg in die Themenstellung „Was ist Politik?“. Es zeigt den „Watzmann“ in den Berchtesgadener Alpen. Der Sage nach verwandelte eine Bäuerin den grausamen König Waze und seine Familie, seine Ehefrau und sieben Kinder, zu Stein. Stellen Sie den Teilnehmer/innen die Sage vor. Überlegen Sie gemeinsam, was diese Legende mit Politik zu tun hat. Fragen Sie die Kursteilnehmer/innen auch, ob sie ähnliche Geschichten kennen.

Ergänzung zu S. 9, 3

Wenn Sie diese Aufgabe etwas dynamischer bearbeiten lassen wollen, können Sie in Anlehnung an die „Kugellager-Methode“ folgendermaßen vorgehen: Schreiben Sie jeweils eine Aussage auf ein Blatt. Errichten Sie zusammen mit den Teilnehmer/innen zwei Stuhlkreise, einen Innen- und einen Außenkreis.

Die Stühle werden dabei so gegenübergestellt, dass jeweils zwei Lernende miteinander sprechen können. Verteilen Sie die Blätter mit den Demokratie-Aussagen auf die Stühle im Außenkreis. Die Teilnehmer/innen nehmen Platz und verhandeln in Paaren „ihren“ Satz. Auf ein Zeichen wechseln alle einen Platz nach rechts. Neue Paare sitzen sich gegenüber und diskutieren nun über die neue Aussage, die jetzt auf ihrem Platz liegt.

Die Strukturprinzipien des deutschen Staates

Ergänzung zu S. 11, 2

Projektaufgabe *Bundesland-Quiz*

Die Teilnehmer/innen fertigen in Gruppenarbeit ein Quiz zum eigenen Bundesland an. In stärkeren Gruppen sammeln sie direkt, was sie selbst über ihr Bundesland wissen (Geografie, Ministerpräsident/in und andere bekannte Politiker/innen, wichtige Städte und Regionen, wichtige Wirtschaftszweige, kulturelle Besonderheiten etc.); in schwächeren Gruppen sollten Sie den Teilnehmer/inne/n zunächst für die Recherche Zeit geben. Anschließend befragen sich die Gruppen gegenseitig.

Variante:

Die Gruppen recherchieren jeweils nur zu einem Bereich oder zu verschiedenen Bundesländern.

Kopiervorlage 1 *Fragen zu den Bundesländern*

Vertiefend können Sie hier die Kopiervorlage einsetzen, um Begriffe zu festigen, die mit dem Föderalismus in Zusammenhang stehen.

Ergänzung zu S. 11, 3

Im Anschluss an die Übung können Sie die Aufgabenverteilung anhand der folgenden Situationen abfragen:

Wer ist zuständig? Bund, Land oder Gemeinde?

1. Deutsche Soldaten arbeiten in Afghanistan.
2. Eschenberg benötigt mehr Räume und Bücher für die Bibliothek.
3. Bei der Polizei braucht man mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
4. Der Biomüll wird nur alle zwei Wochen abgeholt.
5. Das Gymnasium soll nur noch 8 Schuljahre statt 9 dauern.
6. In Osteuropa entstehen neue Goethe-Institute und deutsche Schulen.
7. Bald kann man den Führerschein schon mit 17 Jahren machen.

Lösungen: 1. Bund, 2. Gemeinde, 3. Land, 4. Gemeinde, 5. Land, 6. Bund, 7. Bund

Kopiervorlage 2 *Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden*

Sie finden hier weitere Beispiele zu den Aufgabenbereichen von Bund, Ländern und Gemeinden. Schneiden Sie alle Kärtchen auf Seite 1 und Seite 2 der Vorlage aus. In stärkeren Gruppen können die Aufgaben zunächst den Bereichen (z. B. Melde- und Ausweiswesen, Währungspolitik etc.) zugeordnet werden. Die Aufgabe kann in Einzel-, Partner- oder Gruppenarbeit durchgeführt und im Plenum besprochen werden.

Ergänzung zu S. 11, 4

Projektaufgabe *Was ist los in unserer Stadt/Gemeinde?*

Regen Sie Ihre Kursteilnehmer/innen dazu an, regelmäßig lokale Fernseh- oder Radioprogramme zu sehen bzw. zu hören und im Kurs über Ereignisse, Pläne und kontroverse Diskussionen in der Gemeinde zu berichten. Sie können auch Themen, die in der Gemeinde gerade aktuell sind, im Unterricht vorgeben und die Kursteilnehmer/innen die lokale Tageszeitung nach entsprechenden Artikeln durchsehen lassen.

Ergänzung zu
S. 12, 7 / S. 19, 8



Freiheitliche demokratische Grundordnung

Die freiheitliche demokratische Grundordnung bildet die Basis der parlamentarischen Demokratie und der Rechtsordnung in der Bundesrepublik Deutschland. Sie findet im Grundgesetz, der deutschen Verfassung, ihren Ausdruck. Ihre grundlegenden Prinzipien sind laut Bundesverfassungsgericht: 1. die Achtung der Menschenrechte, 2. die Volkssouveränität, 3. die Gewaltenteilung, 4. die Verantwortlichkeit der Regierung, 5. die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, 6. die Unabhängigkeit der Gerichte, 7. das Mehrparteienprinzip, 8. die Chancengleichheit für alle Parteien, 9. das Recht auf Opposition.

Im Gegensatz zur Weimarer Republik ist die Bundesrepublik Deutschland eine sogenannte „wehrhafte Demokratie“. Hatte sich die Republik von Weimar im Prozess der Gleichschaltung durch die Nationalsozialisten als wehrlos erwiesen, so haben die Bürger/innen der Bundesrepublik Deutschland die Pflicht, die Grundlagen der Demokratie und des Rechtsstaates zu verteidigen (Artikel 20, Abs. 4 GG). Personen, die dagegen versuchen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu bekämpfen oder zu beseitigen, missbrauchen ihre Grundrechte und verstoßen gegen die Verfassung. Laut Artikel 18 GG können ihnen damit die Grundrechte, die die Freiheit der Meinungsäußerung garantieren (z. B. Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Lehrfreiheit, Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis) vom Bundesverfassungsgericht abgesprochen werden.

Die demokratische Grundordnung ist also durch das Grundgesetz selbst geschützt (s. auch Artikel 79 GG).

Ergänzung zu S. 13, 11



Recht und Gesetz

Im Internet findet man unter www.schekker.de ein politisches Magazin für junge Leute. „Schekker. Das Jugendmagazin“ ist eine offizielle Internetseite der Bundesregierung. Hier wird anschaulich über politische Themen aller Art berichtet. Interessant im Zusammenhang mit dem Thema „Recht und Gesetz“ ist der Beitrag einer 18-jährigen Abiturientin in Ausgabe 50/2007 mit dem Titel „Ein Tag mit den Grundrechten“ (s. www.schekker.de/50/magazin/topthema/78547.html). Der Artikel macht deutlich, wie stark das Grundgesetz unseren Alltag prägt, ohne dass uns dies bewusst ist. Auf der Seite gibt es weitere interessante Link-Tipps. So haben Leser/innen z. B. unter der Rubrik „Gutes Recht auf einen Blick“ direkten Zugriff auf die Artikel des Grundgesetzes. Ein weiterer Link führt zur Seite der „Bundeszentrale für politische Bildung“ (www.bpb.de) und zu ihrem Dossier „Demokratie, Grundrechte, Institutionen“.

Ergänzung zu
S. 14 / S. 62



Familienpolitik in Deutschland

Seit 2007 gibt es im Rahmen einer gleichstellungsorientierten Familienpolitik u. a. folgende Regelungen:

- Mutterschaftsurlaub: Er dauert mindestens 14 Wochen (6 Wochen vor und 8 Wochen nach der Geburt), bezahlt werden 100 % des bisherigen Nettolohns.
- Elternzeit: Sie dauert maximal 36 Monate (inklusive Mutterschutz). Die Eltern können gleichzeitig oder nacheinander in Elternzeit gehen, oder auch in Teilzeit weiterarbeiten (Erwerbstätigkeit bis zu 30 Std./Woche möglich). Das dritte Jahr kann bis zum 8. Lebensjahr des Kindes genommen werden.
- Elterngeld: Elterngeld kann 12 Monate lang bezogen werden (plus 2 Partnermonate). Das Elterngeld beträgt 67 % des Nettolohns, mindestens 300 Euro und maximal 1800 Euro im Monat. Für Geringverdienende und größere Familien gibt es Aufstockungsbeträge.
- Kindergeld: Das Kindergeld beträgt derzeit 154 Euro für das 1. bis 3. Kind, 179 Euro für alle weiteren. Es wird für Kinder bis 18 Jahre ausgezahlt und kann bei Ausbildung und Studium verlängert werden.

www.bmfsfj.de

Grundrechte und staatsbürgerliche Pflichten

Ergänzung zu S. 18

Kopiervorlage 3 *Wie gut kennen Sie die Grundrechte?*

Mithilfe der Kopiervorlage können die Grundrechtsartikel 2–6 wiederholt werden, indem verschiedene Fallgeschichten bestimmten Artikeln des Grundgesetzes zugeordnet werden. Dabei werden folgende Themen aufgegriffen: Sorgerecht, Ehrenmord, religiöses Zusammenleben, Karikaturenstreit, Gleichstellung. Da diese Themen in der Öffentlichkeit z.T. mit heftigen Debatten einhergingen, sollten Sie auf eine anschließende Diskussion vorbereitet sein.

Verfassungsorgane, Parteien, Staatssymbole

Ergänzung zu S. 22/23

Kopiervorlage 4 *Wie ist die politische Struktur Deutschlands?*

Mit dieser Kopiervorlage können Sie den Staatsaufbau noch einmal wiederholen. Sie können die Zuordnungsaufgabe zu zweit oder in Kleingruppen bearbeiten lassen und – in stärkeren Gruppen – auch als Wettspiel durchführen.

Sozialstaat

Ergänzung zu S. 31, 6



Armut in Deutschland

In den westlichen Gesellschaften spricht man von relativer Armut im Gegensatz zur absoluten Armut. Als "absolut arm" gelten Menschen, deren physische Existenz bedroht ist und die pro Tag weniger als einen US-Dollar ausgeben können. In relativer Armut leben Menschen, die laut OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) über weniger als 60 % des Durchschnittseinkommens verfügen (für die Weltgesundheitsorganisation liegt diese Grenze bei 50 %). In Deutschland liegt damit die Armutsrisikogrenze für einen Einpersonenhaushalt derzeit bei monatlich 781 Euro netto.

Vom Statistischen Bundesamt werden 10,6 Millionen Menschen als arm ausgewiesen. Im Westen Deutschlands sind etwa 4 % der Bevölkerung von Armut bedroht, in Ostdeutschland sind es 20 %, das bedeutet jede/r Fünfte. Die Tendenz ist steigend. Mehr als ein Drittel der von Armut Bedrohten sind Alleinerziehende und ihre Kinder; fast jedes siebte Kind ist von Armut betroffen und beinahe jede/r fünfte Jugendliche. Dagegen ist die Altersarmut in Deutschland rückläufig: sie sank von 13,3 % im Jahr 1998 auf 11,4 % im Jahr 2003. Auf lange Sicht wird jedoch auch hier ein Wiederanstieg erwartet, weil Arbeitslose, Teilzeitbeschäftigte, Minijobber/innen und Geringverdienende niedrigere Renten bekommen werden und das Rentenniveau allgemein sinkt.

Unter www.bmas.de finden Sie den 2008 veröffentlichten 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Ergänzung zu S. 31, 8

Fragen Sie die Kursteilnehmer/innen zunächst, was man tun kann / muss, um Armut zu bekämpfen. Sammeln Sie die Antworten und lassen Sie diese im Plenum mit den Maßnahmen im Schaubild vergleichen, ohne diese zu bewerten.

In Gruppenarbeit sollen die Teilnehmer/innen in einem weiteren Schritt die Maßnahmen diskutieren und sich auf die drei sinnvollsten einigen. In der anschließenden Plenumsdiskussion sollten die Ergebnisse begründet werden. Erweitern können Sie die Aufgabe auch damit, dass nicht nur sinnvolle Maßnahmen diskutiert werden, sondern auch festgehalten wird, was als weniger Erfolg versprechend erscheint. Sie können dafür die folgende Tabelle vorgeben:

Was ist sinnvoll?	Was ist nicht sinnvoll?
1.	1.
2.	2.
3.	3.

Ergänzung zu S. 28–32

Kopiervorlage 5 *Begriffe rund um den Sozialstaat*

Mit dem Kreuzworträtsel lässt sich der Wortschatz dieses Kapitels wiederholen.

Politische Beteiligung und Teilhabe

Ergänzung zu S. 36



Wahlsystem

Das Wahlrecht in Deutschland ist eine Mischung aus Mehrheitswahlrecht und Verhältniswahlrecht. Nach dem Mehrheitswahlrecht wird in jedem Wahlkreis mit der Erststimme ein/e Kandidat/in gewählt. Die Person, die die meisten Stimmen in einem Wahlkreis auf sich vereinigen kann, zieht als Volksvertreter/in mit einem Direktmandat ins Parlament ein. Der Bundestag wird zur Hälfte von Abgeordneten mit Direktmandaten besetzt, die andere Hälfte der Abgeordneten wird mit der Zweitstimme ermittelt. Die Wähler/innen entscheiden sich mit ihrer Zweitstimme für eine Partei und ihre Liste. Nach dem Verhältniswahlrecht schickt jede Partei eine ihrem Stimmenanteil entsprechende Anzahl von Kandidaten ins Parlament.

Allerdings kommt es manchmal vor, dass eine Partei mehr Direktmandate erringt, als ihr aufgrund der erreichten Zweitstimmen Gesamtmandate zustehen. In einem solchen Fall darf die Partei die überschüssigen Mandate behalten, ohne dass der Anteil der anderen Parteien verringert wird (Überhangmandate).

Ein wichtiges Prinzip bei der Bundestags- und der Landtagswahl ist die Fünfprozentklausel. Nur Parteien mit mindestens fünf Prozent der Stimmen dürfen ins Parlament einziehen. Nach den Erfahrungen der Weimarer Republik soll die Fünfprozentklausel vor einer Zersplitterung der Parteienlandschaft schützen. Erzielt eine Partei allerdings drei oder mehr Direktmandate, erhält sie – auch wenn sie die Fünf-Prozent-Hürde nicht überschreiten konnte – dennoch Sitze im Bundestag entsprechend ihrem Zweitstimmenanteil.

Ergänzung zu S. 36, 5c

Projektaufgabe *Aktuelle Politiker/innen*

Geben Sie den Kursteilnehmer/innen für die Recherche Zeit. Sie können die Rechercheaufgaben z. B. auf drei Gruppen verteilen (Politiker/innen von –Bund, –Land, –Kommune) oder in reduzierter Form durchführen, indem nur eine Ebene behandelt wird.

Ergänzung zu S. 39/40

Kopiervorlage 6 Talkshow zum Thema „Flughafenausbau“

Der Kurs teilt sich in drei Gruppen, um die Standpunkte der Naturschützer/innen, der Anwohner/innen und der Flughafenleitung zu erarbeiten und zu präsentieren. Die Moderation übernimmt die Kursleitung oder eine vierte Gruppe, die vorab Fragen für die Talkshow entwickelt. Bitten Sie die Teilnehmer/innen, die Argumente in der Gruppe so zu verteilen, dass in der anschließenden Diskussion alle ein Argument vorbringen können.

Variante 1:

Jede Gruppe schickt im Anschluss eine/n Vertreter/in in die Talkshow. Die anderen Teilnehmer/innen können sich aber spontan an der Diskussion beteiligen, indem sie sich auf einen leeren Stuhl neben ihren Vertreter/ihre Vertreterin setzen, die eigene Meinung einbringen und dann den Stuhl für andere Teilnehmer/innen aus der Gruppe räumen.

Variante 2:

Die Gruppen tragen hintereinander ihre Argumente im Plenum vor. Abschließend werden die Positionen der einzelnen Gruppen gemeinsam im Plenum besprochen.

Modul 2: Geschichte und Verantwortung

Einführung: Was ist Geschichte?

Ergänzung zu S. 42/43

Mit der Doppelseite „Was ist Geschichte“ ist ein vielseitiger Einstieg in das Modul möglich. Die Fotos und Fragestellungen in den Aufgaben 1, 3 und 4 orientieren sich an einem alltags- und mentalitätsgeschichtlichen Ansatz und machen deutlich, dass Geschichte nicht nur durch große welthistorische Ereignisse, sondern auch durch Artefakte, Biografien, Geschichten, Produkte etc. in unsere Gegenwart hineinwirkt und ihre Spuren im kollektiven Gedächtnis hinterlässt. Aufgabe 2 befragt die Teilnehmer/innen nach ihrer persönlichen Einstellung zu Geschichte und nach ihrem allgemeinen Geschichtsverständnis. Aufgabe 5 vermittelt den Zusammenhang von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft und streicht damit die Tatsache heraus, dass wir Geschichte nicht nur erleben, sondern auch aktiv mitgestalten können. Wählen Sie eine oder mehrere Aufgaben aus.

Ergänzung zu S. 42, 2

In Aufgabe 2 geht es nicht um die Frage „richtig oder falsch“. Ohne lange darüber nachzudenken, sollen die Sätze in 2a gelesen und möglichst spontan angekreuzt werden. Die anschließende Diskussion im Kurs dient zur Vertiefung der Frage „Was ist Geschichte?“. Ermuntern Sie die Teilnehmer/innen dazu, möglichst viel zu sprechen und Beispiele, eigene Erfahrungen und Gedanken einzubringen. Versuchen Sie von Anfang an, diese Aufgabe leicht zu lenken, indem Sie eindeutige Reaktionen wie z. B. „Geschichte – ist Vergangenheit und für immer vorbei“ in Frage stellen.

Ergänzung zu S. 43, 4

Aufgabe 4 setzt am persönlichen Erfahrungshorizont der Teilnehmer/innen an. Hier sollten Sie jedoch sensibel vorgehen und bedenken, dass für einige Teilnehmer/innen Ereignisse aus ihrer Vergangenheit mit sehr negativen Erfahrungen verbunden sein könnten.

Der Nationalsozialismus und seine Folgen

Ergänzung zu S. 44, 1

Den Teilnehmer/inne/n sollte plausibel werden, warum die deutsche Geschichte im Orientierungskurs mit dem Nationalsozialismus beginnt. Sammeln Sie dazu Vermutungen und machen Sie deutlich, welche Folgen die Zeit des Nationalsozialismus im In- und Ausland hatte/hat.

An dieser Stelle sollte auch vermittelt werden, dass man ein Land besser verstehen und einen leichteren Zugang zu seinen Bewohner/inne/n bekommen kann, wenn man die geschichtlichen Bezüge und Prägungen der gesellschaftlichen Mehrheit kennt. Fragen Sie die Teilnehmer/innen, welche Ereignisse oder Phasen ihrer Landesgeschichte man unbedingt kennen sollte, um Mentalitäten und gesellschaftliche Prozesse in ihren Herkunftsländern erfassen zu können.

Ergänzung zu S. 44/45



„Machtergreifung“

Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Paul von Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler.* Der von der NS-Propaganda häufig als „nationalsozialistische Machtergreifung“ oder „Machtübernahme“ bezeichnete Machtwechsel war zunächst eine Machtübertragung. Einerseits betonten die Nationalsozialisten durch den Begriff „Machtübernahme“ stets die scheinbare Rechtsförmigkeit des Regierungswechsels. Andererseits sollte der Begriff „Machtergreifung“ ihre Stärke und ihren Durchsetzungswillen unterstreichen.

Der Prozess der „Machtergreifung“ mündete schnell in die endgültige Zerstörung des Rechts- und Verfassungsstaates: die parlamentarische Demokratie wurde beseitigt und die Gewaltenteilung aufgehoben. Unterstützt vom Terror der Geheimen Staatspolizei gelang es den Nazis schnell, machtpolitisch entscheidende Stellen im Staat zu besetzen. Widerstand vonseiten der Bürokratie und des Militärs gab es nicht. Politische Gegner, allen voran Kommunisten und Sozialdemokraten, wurden verfolgt und ihre Organisationen (KPD, SPD und die Gewerkschaften) verboten oder zur Selbstaflösung gezwungen. Erste Konzentrationslager entstanden. Der Reichstag und die Länderparlamente wurden aufgelöst, die Unabhängigkeit der Justiz abgeschafft und die Pressefreiheit aufgehoben.

Mit dem Tod des Reichspräsidenten von Hindenburg am 2. August 1934 übernahm Hitler auch das Amt des Reichspräsidenten und vereinigte beide Ämter in seiner Person. Er nannte sich nun „Führer und Reichskanzler“. Innerhalb weniger Monate gelang es den Nationalsozialisten, die parlamentarische Demokratie und den Rechtsstaat auszuhöhlen und Deutschland in eine Diktatur zu verwandeln.

Ergänzung zu S. 45, 3



Gleichschaltung

Erklärtes Ziel der Nationalsozialisten war die Aufhebung des Pluralismus im politischen, öffentlichen und privaten Leben. An Stelle des demokratischen Pluralismus sollte die Totalität der nationalsozialistischen Ideologie treten; diese sollte den Staat, die Gesellschaft und jeden Einzelnen durchdringen. Für die Durchsetzung dieses Ziels steht der Begriff der „Gleichschaltung“. Begleitet vom Terror gegen die eigene Bevölkerung wurde die Gleichschaltung vor allem durch administrative Maßnahmen erreicht. Zentrales Mittel der Gleichschaltung war dabei das „Ermächtigungsgesetz“ vom 23. März 1933 (eigentlich: „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“). Die Weimarer Verfassung sah Ermächtigungsgesetze für den Not- und Spannungsfall vor: Laut Ermächtigungsgesetz war es dem Reichstag erlaubt, der Reichsregierung für einen befristeten Zeitraum die Gesetzgebung zu übertragen. Damit hatte die Regierung sowohl die ausführende als

auch die gesetzgebende Gewalt inne. Voraussetzung für eine solche Aufhebung der Gewaltenteilung war eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags. Außer der SPD stimmten alle Parteien im Reichstag dem Ermächtigungsgesetz zu. Von der Reichsregierung beschlossene Gesetze mussten nun weder vom Reichsrat ratifiziert noch vom Reichspräsidenten gegengezeichnet werden. Sie brauchten nicht mehr der Verfassung zu entsprechen, und dies, ohne dass der Wortlaut der Verfassung verändert werden musste. Die Verfassung war also scheinbar intakt. Auf diese Weise gelang es Hitler, den Schein der Legalität zu wahren, Verfassung und Demokratie mit legalen Mitteln, d. h. mit parlamentarischer Mehrheit, auszuhebeln und die Diktatur in Deutschland zu etablieren. Auf staatlicher Ebene bedeutete Gleichschaltung das Verbot aller Institutionen, die die absolute Macht der Regierung einschränken konnten: der politischen Parteien, des Parlaments und der unabhängigen Justiz. Ebenso wurde die Eigenständigkeit der Länder abgeschafft. Auf gesellschaftlicher Ebene wurde mit der Abschaffung der Pressefreiheit eine Gleichschaltung der Medien angestrebt. Durch die Schaffung des von Josef Goebbels geleiteten „Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda“ sollte auch das kulturelle Leben gleichgeschaltet werden. Nicht zuletzt übernahm der nationalsozialistische Staat auch die Erziehung der Jugend, indem er Kinder und Jugendliche fast vollständig in die nationalsozialistischen Jugendorganisationen wie die „Hitlerjugend“ und den „Bund deutscher Mädel“ integrierte.

Kopiervorlage 7 Jugendliche unter Hitler

Setzen Sie die Kopiervorlage ein, um deutlich zu machen, was Gleichschaltung im Alltagsleben bedeutete. Die Kopiervorlage ist vor allem, aber nicht nur, für Kurse mit einem hohen Anteil an jüngeren Teilnehmer/innen geeignet.

Auch im Zusammenhang mit dem Thema „Widerstand“ ist das Thema „Jugend im Nationalsozialismus“ interessant. Zwar waren die Aktionen der Swing-Jugend kein Widerstand im engeren Sinne, ein Teil der Swing-Jugendlichen politisierte sich aber durch die nationalsozialistische Verfolgung.

Ergänzung zu S. 46, 5a

Sammeln Sie zuerst alle Eindrücke der Teilnehme/innen/n (wie z. B. grau, offen, ohne Anfang und Ende, man kann durch das Mahnmal gehen, enge Wege, Stelen sind unterschiedlich, aus Beton, zentrale Lage, Labyrinth, Grabsteine ...). Stellen Sie dann Fragen zu den einzelnen Merkmalen, um die Konzeption des Denkmals genauer zu beleuchten und den historischen Hintergrund zu vergegenwärtigen (z. B. „Warum ist der Boden uneben?“, „Warum sind die Gänge so eng?“, „Warum liegt das Denkmal so zentral?“)



Denkmal für die ermordeten Juden Europas

Nach einer langen und heftigen Debatte, die um identitätspolitische und ästhetische Fragen und die Kosten für das Mahnmal kreiste, wurde 2005 das von Peter Eisenman entworfene „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ in Berlin eröffnet. Die zentrale Lage des Mahnmals ist – so Wolfgang Thierse – als Bekenntnis zur politischen Verantwortung des deutschen Staates zu verstehen.

In abstrakter Form, ganz ohne Inschriften, erinnert das Denkmal an die unermessliche Dimension menschlichen Leids, an die Ermordung von sechs Millionen Juden. Das Stelenfeld zwischen Potsdamer Platz und Reichstag befindet sich unweit der Stelle, wo bis 1953 Hitlers Neue Reichskanzlei stand; es umfasst eine Fläche von ca. 19 000 Quadratmetern. Die 2711 Stelen sind bis zu vier Metern hoch, stehen auf gepflastertem Boden und sind in Reihen angeordnet. Schmale Gänge, die nur einzeln begangen werden können, führen auf- und absteigend zwischen den Betonquadern hindurch. Zur Mitte werden die Gänge tiefer, die Stadtumgebung ist nicht mehr sichtbar, der Lärm nimmt ab

und der Gang durch das Labyrinth wird beklemmender.

Ergänzend zum Denkmal gibt es den „Ort der Information“. Er setzt sich aus vier Ausstellungsräumen zusammen: aus dem „Raum der Dimensionen“, dem „Raum der Namen“, dem „Raum der Familien“ und dem „Raum der Orte“.

@ www.holocaust-denkmal-berlin.de

@ www.zdf.de/ZDFxt/module/holocaust

Projektaufgabe *Spurensuche vor Ort*

Spuren der Erinnerung an jüdisches Leben und jüdische Kultur in Deutschland finden sich in fast jeder deutschen Stadt. In den meisten Großstädten sind alte Synagogen wieder aufgebaut worden und neue entstanden. Aber auch im Kleinen finden sich Spuren: Was erinnert in der eigenen Stadt oder Region noch an jüdische Mitbürger/innen? In welchen Stadtvierteln, in welchen Häusern haben sie gewohnt? Gibt es Plaketten, Straßenschilder oder „Stolpersteine“, die an sie erinnern? Schicken Sie Ihren Kurs auf Spurensuche.



Stolpersteine

In vielen deutschen Städten gibt es die „Aktion Stolpersteine“, die von dem Künstler Gunter Demnig initiiert wurde. Stolpersteine sind aus Beton gegossene, 10 x 10 cm große Steine, die in Bürgersteige eingelassen werden. Auf der Oberseite eines Stolpersteins befindet sich eine Messingplatte mit der Inschrift „Hier wohnte ...“, die an die früheren (nicht nur jüdischen) Mitbewohner/innen erinnert, die von den Nationalsozialisten deportiert und ermordet oder in den Selbstmord getrieben wurden.

@ www.stolpersteine.com/start.html

Ergänzung zu S. 47, 9



Flucht und Vertreibung – Folgen des Zweiten Weltkriegs

Nach der bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945 herrschte in Deutschland das Chaos der „Stunde Null“. Nicht nur Lebensmittel und Wohnraum waren knapp, sondern es mussten auch Millionen von Flüchtlingen in die Nachkriegsgesellschaft eingegliedert werden.

Flucht und Vertreibung waren direkte Folgen des Zweiten Weltkriegs und der von Deutschen begangenen Gräueltaten. Aus Angst vor der ab 1944 vorrückenden Roten Armee verließen viele Bewohner/innen aus dem Osten des Deutschen Reiches (Ostpreußen, Schlesien, Pommern) ihre Heimat und flohen – die meisten zu Fuß – unter Gefahr für Leib und Leben Richtung Westen.

Mit dem Überfall auf Polen 1939 und dem Krieg gegen Russland ab 1941 hatte Hitler „Lebensraum im Osten“ gewinnen wollen. Teile der Bevölkerung aus den besetzten Gebieten waren deportiert und als Zwangsarbeiter/innen nach Deutschland gebracht worden. Im Gegenzug waren sogenannte „Volksdeutsche“ im Osten angesiedelt worden. Gegen diese richtete sich gegen Ende des Kriegs und nach dem Krieg verstärkt der Hass der einheimischen Bevölkerung. Nach dem Krieg wurden etwa zwölf Millionen Deutsche systematisch aus den besetzten Gebieten (Polen, Tschechoslowakei, Baltikum, Teile Russlands, Ungarn, Rumänien, Kroatien, Serbien und Slowenien) vertrieben. Dies geschah zunächst mit Gewalt, doch ab 1946 erfolgte die Zwangsausweisung legal auf der Basis von Verwaltungserlassen einzelner Regierungen (Polen, Tschechoslowakei). Grund und Boden der deutschstämmigen Bevölkerung wurden ohne Entschädigung enteignet. Etwa acht Millionen Heimatvertriebene kamen in die von den Alliierten besetzten Gebiete Deutschlands.

Ergänzung zu S. 50–53*

Wichtige Stationen in der Geschichte nach 1945**Kopiervorlage 8 Welche Begriffe kennzeichnen die Zeit von 1945 bis in die 90er Jahre?**

Das Kreuzworträtsel können Sie abschließend zur Wissenskontrolle einsetzen. Die Gruppen sollten sich jeweils aus stärkeren und schwächeren Teilnehmer/innen zusammensetzen. Natürlich kann die Kopiervorlage am Ende des Kurses auch zur Wiederholung und Testvorbereitung verwendet werden.

Leben im wiedervereinigten Deutschland und in Europa

Ergänzung zu S. 54, 2b

Kopiervorlage 9 Wiedervereinigung

Da die Texte im Kurs- und Übungsbuch nicht chronologisch präsentiert werden, ist es für viele Lernende sicherlich hilfreich, wenn Sie die Kopiervorlage einsetzen, um den Wortschatz, die Daten und den zeitlichen Ablauf zu wiederholen.

Ergänzung zu S. 56

Kopiervorlage 8 EU-Institutionen

Bei besonderem Interesse an der Europäischen Union können Sie anhand der vorliegenden Kopiervorlage mit den Teilnehmer/inne/n auf die Institutionen der Europäischen Union eingehen und ihre jeweiligen Aufgaben herausarbeiten.

Bitten Sie die Lernenden zunächst die Hauptorgane zu benennen. Verteilen Sie dann die ausgeschnittenen Informationsstreifen an vier verschiedene Gruppen: Gemeinsam sollen nun die Informationen entschlüsselt und erarbeitet werden. Anschließend stellt ein/e Vertreter/in der Gruppe das EU-Organ aus der Binnenperspektive dar. „Wir sind 27 Mitglieder. Wir treffen uns ...“ Die anderen Gruppen sollen die Institution erraten.

Abschließend kann die Form der Gewaltenteilung in der Europäischen Union mit der Form der Gewaltenteilung in der Bundesrepublik Deutschland verglichen werden: Der Rat der Europäischen Union und das Europäische Parlament haben die legislative Gewalt, die Europäische Kommission ist das Exekutivorgan der EU und der Europäische Gerichtshof ist für die Rechtssprechung zuständig.

Ergänzung zu S. 42–57

Kopiervorlage 11 Geschichtsdaten

Am Ende des Geschichtsmoduls können Sie im Unterricht die Kopiervorlage mit den Geschichtsdaten verwenden. Die Bearbeitung kann in Kleingruppen und eventuell als Wettspiel erfolgen. Bei Schwierigkeiten können die Teilnehmer/innen im Buch nachsehen. Da nicht alle Daten gleichermaßen relevant sind, sollte im Plenum abschließend geklärt werden, welche Daten sich die Kursteilnehmer/innen merken sollten.

Variante:

In stärkeren Gruppen können Sie die Kopiervorlage für ein Quiz nutzen: Teilen Sie den Kurs in mindestens zwei Gruppen und projizieren Sie die Tabelle mit den Punkten (Vorlage 2) an die Wand. Die Gruppen spielen gegeneinander. Gruppe A beginnt mit der Entscheidung für ein Feld und einer entsprechenden Ansage, z. B. „Wiedervereinigung 30“. Daraufhin lesen Sie die Frage im 3. Feld in der Spalte „Wiedervereinigung“ (Vorlage 1) vor. Für die Antworten gibt es eine 1–2 Minuten Zeit. Wenn die Antwort falsch ist, hat die andere Gruppe die Möglichkeit, die Frage zu beantworten und die Punkte zu bekommen. Gruppe B macht die nächste Ansage. Die Gruppe mit den meisten Punkten gewinnt.

Modul 3: Mensch und Gesellschaft

Einführung: Was ist Kultur?

Die Doppelseite „Was ist Kultur?“ führt in das Modul *Mensch und Gesellschaft* ein. Dabei steht in Aufgabe 1 und 2 auf S. 58 die Auseinandersetzung mit dem Kulturbegriff im Mittelpunkt, auf S. 59 wird in Aufgabe 3 die Frage nach der deutschen Kultur behandelt und in Aufgabe 4 geht es um Wahrnehmung: um die Gründe für Unterschiede und Ähnlichkeiten in der Wahrnehmung und um die Außen- und Selbstwahrnehmung der eigenen Kultur. Wählen Sie hier wiederum eine oder mehrere Aufgaben aus.



Kulturbegriff

Ausgangspunkt ist ein offener und weiter Kulturbegriff. Kultur beschränkt sich in diesem Sinne nicht auf „Hochkultur“ wie Kunst, Theater, Malerei, Literatur, Konzerte oder damit verbundene Kulturgüter wie Gemälde oder Opern. Ausgehend von konstruktivistischen Theorien wird die komplexe Konstruktion von Wirklichkeit in den Blick genommen: das System der Konzepte, Einstellungen und Überzeugungen, Werte und Normen, die Lebenswelten formieren und Kollektive und Individuen prägen. Dabei spielen einerseits kulturelle Gewohnheiten/Standardisierungen eine Rolle, aber auch weitere Zugehörigkeiten, Bezüge und Verortungen, die Individuen in ihrem Sozialisierungsprozess beeinflussen.

Ergänzung zu S. 58, 1

Ermuntern Sie die Teilnehmer/innen dazu, nicht lange nachzudenken, sondern sich spontan zu äußern, möglichst viel zu sprechen und Beispiele – konkrete Situationen und persönliche Erfahrungen – einzubringen. Versuchen Sie, diese Aufgabe leicht zu lenken, indem Sie eindeutige Reaktionen wie z. B.: „Hygiene gehört natürlich nicht zur Kultur!“ hinterfragen.

Ergänzung zu S. 59, 3a

In dieser Aufgabe geht es mit der Frage, was zur deutschen Kultur gehört, um kulturspezifisches Wissen. Die Bilder auf S. 58 dienen dabei als Impuls. Ihr Repräsentationsgehalt lässt sich aber auch in Frage stellen bzw. durch die Wahrnehmung der Teilnehmer/innen relativieren. Sind das Wandern und die Grillordnung für Deutschland wirklich charakteristischer als für andere Länder? Welche Bilder wären stattdessen typischer?

Ergänzung zu S. 59, 3b

Stellen Sie den Kursteilnehmer/inne/n Moderationskärtchen zur Verfügung, auf die sie ihre Fragen schreiben können. Die Kärtchen können dann thematisch geordnet und im Kursraum aufgehängt werden. Sie können dann gleich, nach und nach oder am Ende des Kulturmoduls gemeinsam beantwortet werden.

Ergänzung zu S. 59, 4

Ziel dieser – komplexen und zeitintensiven – Aufgabensequenz ist es, Wahrnehmungsmechanismen bewusst zu machen. Im Aufgabenteil 4a geht es zunächst darum, die Kursteilnehmer/innen für die Mehrdeutigkeit der Realität und die Gründe für Ähnlichkeiten und Unterschiede in der Wahrnehmung zu sensibilisieren. Bitten Sie Ihre Teilnehmer/innen, die Situationen mündlich oder schriftlich zu beschreiben. Anschließend werden in Kleingruppen oder im Plenum die spontanen Assoziationen und Eindrücke ausgetauscht.

Im Aufgabenteil 4b geht es darum, Gründe für die Ähnlichkeiten und Unterschiede in der Wahrnehmung zu erkennen und zu reflektieren. Die Bezugnahme auf gleiche kulturelle Deutungsmuster spielt sicherlich eine Rolle, andererseits ist auch zu vermuten, dass sich – völlig losgelöst von der kulturellen Herkunft – Ähnlichkeiten in der Wahrnehmung auf andere Hintergründe (z. B. familiäre Herkunft, Alter, Geschlecht, Religionszugehörigkeit und Einstellungen) zurückführen lassen.

In einem weiteren Schritt könnte auch die begriffliche Interpretation der Situationen betrachtet werden. Was meinen Ihre Kursteilnehmer/innen, wenn Sie das Wort „Streit“ benutzen? Was verstehen sie konkret darunter? Ein Wort wie „Streit“ oder „Konflikt“ kann in verschiedenen Sprachen und Kulturen konzeptuell anders definiert sein und damit unterschiedliche Bedeutungsdimensionen haben.

Im Aufgabenteil 4c wird nun die eigene Herkunftskultur betrachtet. Da es in der Regel schwierig ist, diese frei zu beschreiben, wird als Ansatzpunkt und Folie dafür der fremde Blick genutzt, den man sich oft selbst zu eigen macht; die Selbstwahrnehmung übernimmt dabei häufig Stereotypen, z. B. „Wir Deutschen sind pünktlich“. Spannend wird es, wenn man diese Vorstellungen und Klischees, die andere der eigenen Kultur zusprechen, noch einmal hinterfragt und so neu betrachtet.

Alternative zu 4b:

Um ein Bewusstsein für vielfältige Zugehörigkeit zu schaffen, können Sie auch das „Mehrheiten-Minderheiten-Spiel“ durchführen: Hierbei werden Fragen gestellt, die verschiedene Zugehörigkeiten und Praxen thematisieren, z. B. „Wer ist immer pünktlich?“, „Wer spricht mehr als zwei Sprachen?“, „Wer macht gerne Sport?“, „Wer ist unter 30?“, „Wer geht regelmäßig in die Kirche, Synagoge, Moschee oder in den Tempel?“ Teilnehmer/innen, auf die eine Frage zutrifft, stehen auf, die anderen bleiben sitzen. Stellen Sie für Ihren Kurs passende Fragen zusammen. Achten Sie dabei darauf, dass sich wechselnde Konstellationen ergeben. Abschließend sollte sowohl über die Emotionen während des Spiels als auch über die wechselnden Zusammensetzungen der Gruppen gesprochen werden.

Ergänzung zu S. 60, 2

Zusammenleben in der Familie und anderen Lebensgemeinschaften



Das Schaubild ist – z. B. mit den Kategorien Doppelverdiener- und Wochenendfamilie – sehr ausdifferenziert und bietet daher genügend Gesprächsanlass für eine Diskussion über die verschiedenen Lebensformen. In soziologischen Studien wird in der Regel eine Einteilung in sechs Lebensformen vorgenommen; als Grundlage dient der Bezug zur Ehe und das Zusammenleben mit Kindern: 1. Alleinlebende, 2. nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder, 3. verheiratete Paare ohne Kinder, 4. Alleinerziehende, 5. nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern und 6. verheiratete Paare mit Kindern. Gruppe 4–6 machen in Deutschland etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus.

Ergänzung zu S. 61, 3



Gründe für die Veränderung der traditionellen Familienstrukturen
Ausgehend von den Folgen der industriellen Entwicklung Mitte des 19. Jahrhunderts (Wachstum der Städte, Entstehung des Industrieproletariats, Entwicklung des Bürgertums) hat sich zunächst der Übergang von der Großfamilie zur „Normalfamilie“, Vater, Mutter und zwei Kinder, vollzogen. Ende der 1960er Jahre löste die Studentenbewegung dann einen Wertewandel aus, der zu einer Pluralisierung der Lebensformen führte. Weitere Faktoren, die dabei eine Rolle spielten, waren/sind die zunehmende Individualisierung als Folge des steigenden Wohlstands in den westlichen Gesellschaften, die im Zuge der Emanzipation gestiegene Erwerbstätigkeit und Unabhängigkeit von Frauen, aber auch das Scheidungsrecht und die Möglichkeiten der Geburtenkontrolle.

Ergänzung zu S. 64, 11a

Regen Sie die Kursteilnehmer/innen dazu an, die Bilder mit ihren Beobachtungen und Erfahrungen zu vergleichen: „Zeigen die Bilder die Realität?“, „Wie wirken alte / ältere Menschen in Deutschland?“, „Wie leben sie?“



Älterwerden

Die drei Bilder spiegeln den gegenwärtigen Diskurs zum Thema „Alter“ wider: Im Hinblick auf eine hohe Lebenserwartung – in Deutschland liegt sie bei Frauen durchschnittlich bei fast 82 Jahren, bei Männern etwa bei 75 Jahren – gilt es Selbstständigkeit und Unabhängigkeit zu bewahren, den Ruhestand aktiv zu verbringen, sich politisch und gesellschaftlich zu engagieren und weiterhin Interesse an Bildungsmöglichkeiten zu zeigen. Dieser Diskurs steht aber z.B. zu der Tatsache im Gegensatz, dass 2006 unter den 53- bis 64-Jährigen nur 48 % erwerbstätig waren.

www.altern-in-deutschland.de

Ergänzung S. 64, 12a



Demografische Entwicklung

Die demografische Entwicklung in Deutschland ist durch einen Alterungsprozess der Gesellschaft gekennzeichnet. Zentrale Faktoren dafür sind die niedrige Geburtenrate und die gestiegene Lebenserwartung. Prognosen gehen davon aus, dass im Jahr 2050 die Bevölkerung auf ca. 76 Millionen sinken und das mittlere Alter bei ca. 50 Jahren liegen wird. Jede/r dritte Deutsche wird dann 65 Jahre oder älter sein.

www.destatis.de

Ergänzung zu S. 66, 2

Erziehung und Bildung in Deutschland

Kopiervorlage 12 *Die richtige Erziehung?*

Das etwas zugespitzte Fallbeispiel von Frau Hermann und ihren beiden Kindern bietet die Möglichkeit, Erziehungsstile und Erziehungsziele eingehender zu behandeln. In Paaren oder Kleingruppen sollen die Teilnehmer/innen die Fehler, die Frau Hermann macht, aufdecken und alternative Vorschläge formulieren. Im Plenum sollten die Ergebnisse dann abschließend verglichen und diskutiert werden.

Ergänzung zu S. 67, 3

Kopiervorlage 13 *Schulbildung*

Die Kopiervorlage nimmt die Aussagen aus Aufgabe 3a auf und schafft eine Gesprächsgrundlage für die folgenden Aufgabenteile b und c.

Ergänzung zu S. 68, 5a

Kopiervorlage 14 *Lebenslanges Lernen*

Zur Unterstützung und als Anregung für das Gespräch gibt es auf der Kopiervorlage zu drei Überschriften Texte. Die Überschriften und Texte müssen einander zunächst zugeordnet werden, danach lassen sich mithilfe der vorgegebenen Stichwörter zu den anderen beiden Überschriften Texte entwerfen.

Ergänzung zu S. 68, 6a

Kopiervorlage 15 *Gleichberechtigte Bildung: Welche Schulabschlüsse haben Jungen und Mädchen? Wie sind die beruflichen Trends?*

Ergänzung zu S. 69

Eine Statistik zu verstehen und zu deuten, erfordert Übung. Sie können deshalb diese Kopiervorlage nutzen, um den Kursteilnehmer/innen die Arbeit mit der Statistik und dem dazugehörigen Infotext zu erleichtern. Gleichzeitig dient diese Vorlage der Ergebnissicherung und auch als Grundlage für eine anschließende Diskussion im Kurs.



Bildungswesen

In der Bundesrepublik Deutschland liegt die Zuständigkeit für die Gesetzgebung und die Verwaltung des Bildungswesens weitgehend bei den Ländern und in Teilen beim Bund. Für Kindergärten, vorschulische Erziehung, Schulen (einschließlich des schulischen Teils der beruflichen Ausbildung), den überwiegenden Teil des Hochschulwesens, ferner für die allgemeine und kulturelle Bildung sowie Teile der beruflichen Weiterbildung sind die Länder zuständig.

Der Bund ist insbesondere für Regelungen in der außerschulischen beruflichen Aus- und Weiterbildung, für die Hochschulzulassung und Hochschulabschlüsse, die Ausbildungsförderung, die Förderung wissenschaftlicher Forschung und für Maßnahmen zur Arbeitsförderung zuständig.

@ www.bildungsserver.de

@ www.kmk.org

Ergänzung zu S. 70

Interkulturelles Zusammenleben



Migration in Deutschland

Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung beträgt 18,6 %. Die meisten leben in den alten Bundesländern und Berlin, in den ostdeutschen Ländern leben nur ca. 4 %.

Fast 62 % der nach Deutschland immigrierten Menschen stammen aus Europa. Die neun wichtigsten Herkunftsländer sind die Türkei (14,2 %), Russland (9,4 %), Polen (6,9 %), Italien (4,2 %), Serbien und Montenegro (3,0 %), Kroatien (2,6 %), Bosnien und Herzegowina (2,3 %) und Griechenland (2,2 %). In Deutschland hat von den 8,6 Millionen Familien mit minderjährigen Kindern jede vierte Familie eine direkte persönliche Erfahrung mit Einwanderung.

Ergänzung zu S. 70, 2

Die beiden Texte lassen sich auch gut als Paar- oder Teamaufgabe auf folgende Weise bearbeiten: Person / Team A stellt zunächst Rabi Guptas Beobachtungen über die Deutschen vor. Person / Team B gibt darauf wieder, welche Aussagen Rabi Gupta dabei über sich selbst macht. Danach stellt Person B / Team B den Text von David Nosek vor.

In einem zweiten Schritt können die Kursteilnehmer/innen im Plenum oder in Kleingruppen ihre eigenen Erfahrungen und Begegnungen mit Deutschen beschreiben. Die Selbstausagen, die damit verbunden sind, sollten ebenfalls analysiert werden.

Ergänzung zu S. 71, 3a

Die Zuordnung der Bilder zu den Begriffen (Diamant / Wert, Verkehrsschild / Regel, Lineal / Norm) soll in erster Linie das Gespräch über die zentralen Kategorien kultureller Standardisierungen ermöglichen. Legen Sie deswegen v.a. Wert auf die Begründungen und bitten Sie Ihre Teilnehmer/innen, Vergleiche und Beispiele zu nennen.

Ergänzung zu S. 71, 5a

Übernehmen Sie die folgende Tabelle auf ein A3/A4-Blatt, um den Kursteilnehmer/inne/n die Aufgabe und die Präsentation zu erleichtern. Die Blätter können anschließend im Kursraum aufgehängt werden.

Ergänzung zu S. 71, 5b

Darauf sollte man achten				
Meine Ratschläge und Empfehlungen				

Ergänzung zu S. 72, 7

Der Austausch kann hier auch als „Raumlauf“ stattfinden: Die Teilnehmer/innen bewegen sich im Raum, bis Sie ein Thema aus dem Schüttelkasten aus Aufgabe 5a ansagen. Daraufhin finden sich Paare zusammen, um ihr Wissen und ihre Beobachtungen zu dem genannten Bereich auszutauschen. Das Gespräch wird nach ca. 2 Minuten durch ein Zeichen von Ihnen aufgelöst. Die Teilnehmer/innen gehen wieder umher, bis Sie ein neues Thema vorgeben. Abschließend werden die Informationen zu den einzelnen Bereichen im Plenum gesammelt und besprochen.



Polychronie und Monochronie

Die Einteilung in polychrone oder monochrome Zeitkonzepte geht auf den Begründer der interkulturellen Kompetenz-Forschung Edward T. Hall zurück. Monochrome Menschen teilen ihre Zeit ein, erledigen eine Sache nach der anderen, halten sich an Pläne und sind pünktlich. Polychrone Menschen haben hingegen ein spontaneres Zeitverhalten. Sie gehen mit zeitlichen Verpflichtungen flexibler um, tun viele Dinge gleichzeitig und sind sozialer orientiert. Nord- und Westeuropa gelten z.B. als stärker monochron, Südeuropa und Lateinamerika als polychron.

Ergänzung zu S. 72, 8

Der Austausch kann hier auch mittels der „Kugellager-Methode“ geschehen (vgl. Ergänzung zu S. 9):

Die Kursteilnehmer/innen bilden einen Innen- und einen Außenkreis, so dass sie sich paarweise gegenüber sitzen oder -stehen. Die Situationen 1–4 werden von Ihnen vorgegeben. Sie nennen zuerst Situation 1: Die Paare tauschen sich darüber aus, bis Sie ein Zeichen geben. Daraufhin drehen sich beide Kreise nach rechts, so dass sich zwei neue Partner gegenüber sind. Sie sagen nun die zweite Situation an.

Ergänzung zu S. 73, 9

Kopiervorlage 16 Rollenspiel „Meine“ Familie ist mir wichtig!

Mithilfe der Rollenkarten können sich die Teilnehmer/innen in ihre Rollen hineinversetzen. Das vorgeschlagene Vorgehen lehnt sich an die Mediationsmethode an. Eine Position wird vorgetragen und dann zunächst von dem Kontrahenten/der Kontrahentin wiederholt. Erst danach wird die nächste Position vorgetragen. Der Berater/die Beraterin ist unparteiisch, interveniert wenig und moderiert den Ablauf. Am Ende wird von allen Beteiligten ein Lösungsweg verhandelt.



Mediation

Mediation ist eine Gesprächsmethode, die streitlösungs- und ergebnisorientiert ist. Mit der Unterstützung durch eine/n Mediator/in versuchen die am Konflikt Beteiligten, eigenverantwortlich und selbstständig, eine für alle Seiten zufriedenstellende Lösung des Konflikts zu erreichen. Nach dem Prinzip der Mediation ist nur dann eine Lösung erreicht, wenn alle beteiligten Parteien den gemeinsam getroffenen Vereinbarungen zustimmen. Es ist eine Form der Konfliktbewältigung, bei der niemand als Verlierer/in dasteht. Mediation trainiert die Fähigkeit zur friedlichen Konfliktlösung und hilft bei der Entwicklung von Grundkompetenzen der Kommunikation wie aktives Zuhören, das Vertreten der eigenen Meinung, das Üben der freien Rede, gegenseitiges Beraten und Vermittlung zwischen den Beteiligten.

Damit eignet sich diese Methode sehr gut zur Bewältigung interkultureller Konflikte, da sie die Kommunikations- und Konfliktlösungskompetenz steigert und die kooperativen Fähigkeiten entwickelt.

Ergänzung zu S. 73, 10

Ergänzung zu S. 74, 12a

Diese Aufgabe lässt sich vertiefen, indem Sie die Kursteilnehmer/innen bitten, zu den Begriffen und Erklärungen konkrete Beispiele zu suchen und von ihren Erfahrungen zu berichten. Da der Findungsprozess Zeit braucht, sollte das zuerst in Partner- oder Gruppenarbeit geschehen. Anschließend können die Ergebnisse im Plenum zusammengetragen werden.

Den Kursteilnehmer/inne/n sollte genug Zeit gelassen werden, um sich mit den Abbildungen zu befassen, sich von diesen inspirieren zu lassen und ihre Vorstellungen von Kultur und kulturellem Wandel in Partner- oder Gruppenarbeit zu besprechen. Dabei sollte klargestellt werden, dass es hier keineswegs um eine richtige oder vollständige Interpretation der Bilder geht.

Kopiervorlage 17 Kultureller Wandel

Um die Aufgabe zu entlasten, können Sie auch die Kopiervorlage einsetzen. Hier sind Stichwörter zu den einzelnen Bildern aufgelistet, die diesen zunächst zugeordnet werden müssen. Auf dieser Grundlage ist die Reflexion über kulturelle Veränderungen leichter.

Mögliche Interpretationen:

Flüsse transportieren Wasser über lange Strecken und sind mit ihren Zuflüssen, Seitenarmen, wetter- und jahreszeitenbedingt und durch Erosion stets in Veränderung begriffen. Kultur ist in diesem Sinne nicht mehr territorial gebunden, sondern unterliegt einem stetigen Wandel, da neue Elemente kontinuierlich aufgenommen und integriert werden.

Der **Berg** symbolisiert Stabilität, Unveränderbarkeit und Dominanz: Er überdauert Jahrtausende ohne Schaden, verändert sich durch Erosion nur sehr langsam und dominiert sein Umfeld. In vielen Kulturen / Religionen werden Berge als heilig betrachtet und verehrt. Übertragen auf Kultur und kulturellen Wandel könnte das z. B. Folgendes bedeuten: Kultur basiert auf einer langen Tradition, ist an ein bestimmtes Territorium und an Machtverhältnisse gebunden und verändert sich nur sehr langsam.

Das **Feld** ist eine sich im Wechsel der Jahreszeiten verändernde Kulturlandschaft. Es wird intensiv bearbeitet, gepflegt und muss Nutzen bringen. Im übertragenen Sinne könnte das für den Kulturbegriff und den kulturellen Wandel Folgendes bedeuten: Kultur ist an einen bestimmten Ort gebunden und durch einen regelmäßigen und kontrollierten Wandel gekennzeichnet. Kulturelle Einflüsse werden aufgenommen, wenn sie für die Mehrheitskultur nutzbringend sind.

Die **Insel** steht für Abgeschlossenheit und Überschaubarkeit, aber auch für Begrenzung und Anpassung. Viele Inseln zeichnen sich durch eine ganz spezifische Flora und Fauna aus, sie sind damit eigenwillige Ökosysteme und Kulturwelten, die zur Anpassung zwingen. Als Bild für den kulturellen Wandel könnte die Insel Folgendes bedeuten: Kultur ist stark territorial gebunden und geprägt. Kultureller Wandel vollzieht sich langsam und dosiert.

Ergänzung zu S. 76, 1

Religiöse Vielfalt



Konfession

Der Begriff „Konfession“ (Bekenntnis) wird im heutigen Sprachgebrauch mehrheitlich verstanden als eine Richtung oder Strömung innerhalb einer Religion. Ursprünglich wurden mit Konfession nur im Rahmen der christlichen Kirche klar definierte, abgegrenzte Einheiten bezeichnet. Neben den drei „Hauptkonfessionen“ – römisch-katholisch, evangelisch und orthodox – gibt es im Christentum auch noch andere, z. B. die Alt-Katholische Kirche, die Anglikanische Kirche oder die Freikirchen.

Auch bei nichtchristlichen Religionen wird die Bezeichnung Konfession verwendet, wie z. B. zur Beschreibung der drei Hauptströmungen des Judentums: orthodoxes Judentum, konservatives Judentum und Reformjudentum.

Informationen zur Religiosität in Deutschland und Europa finden Sie unter

@ www.religionsmonitor.de

@ www.remid.de

Ergänzung zu S. 76, 2b

Besprechen Sie die Feier- und Festtage in Deutschland mithilfe eines Kalenders. Hier können Sie dann klären, welche Feiertage deutschlandweit und welche nur in einzelnen Bundesländern gelten. Ergänzen Sie mit den Kursteilnehmer/innen die Feier- und Festtage ihrer Herkunftsländer.

Kalendervorlagen finden Sie z. B. unter @ <http://kalender-200x.de>

Sehr hilfreich ist hier auch der „Interkulturelle Kalender“, des Berliner Integrationsbeauftragten, erhältlich unter @ www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/kalender

Ergänzung zu S. 76, 2c

Kopiervorlage 18 *Welche religiösen Symbole, Feste, Rituale und Bräuche sind Ihnen wichtig?*

Die Kopiervorlage bietet hier durch ihre grafische Gestaltung konkrete Ansatzpunkte und hilft damit, den Zugang zu diesem persönlichen Thema zu erleichtern.

Ergänzung zu S. 77, 3a

Kopiervorlage 19 *Welche Bedeutung hat Religion?*

Diese Aufgabe kann gut als Paar- oder Gruppenarbeit durchgeführt werden. Zerschneiden Sie die Kopiervorlage und verteilen Sie die acht Fragen mit den Antworten im Kurs. Jedes Paar / jede Gruppe diskutiert zunächst nur eine Frage / Antwort. Im Plenum wird dann gemeinsam über alle Fragen gesprochen.

Ergänzung zu S. 77, 4



Islamischer Religionsunterricht

Islamische Religion wird in Deutschland noch nicht als ordentliches Unterrichtsfach angeboten. Nach Artikel 7 GG ist für die Errichtung eines Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen Voraussetzung, dass eine Religionsgemeinschaft vorhanden sein muss, die Grundsätze für den Unterricht definiert und Organe und Personen als Ansprechpartner benennen kann. Da der Islam aufgrund seiner historischen und kulturellen Entwicklung eine andere Organisationsform als die abendländischen Religionsgemeinschaften hat – es gibt keine staatskirchenrechtliche Verfassung und keine organisierte Mitgliedschaft im rechtlichen Sinne – ist seine Anerkennung als Religionsgemeinschaft jedoch strittig. Aus rechtlichen Gründen kann es deswegen bisher nur einen islamkundlichen Unterricht geben, der die Erziehung zum Glauben ausspart. Islamkunde in deutscher oder türkischer Sprache wird in einigen Bundesländern unterrichtet, wobei die Lehrpläne vom jeweiligen Bundesland verantwortet werden und die Aufsicht darüber unterschiedlichen Institutionen untersteht (in Bayern z. B.

Ergänzung zu S. 79

dem Kultusministerium, in Baden-Württemberg dem türkischen Konsulat, in Berlin ist die „Islamische Föderation Berlin“ verantwortlich). Schulversuche zum islamischen Religionsunterricht laufen in verschiedenen Bundesländern, eine Vorreiterrolle nimmt hier Nordrhein-Westfalen ein.

Eine Diskussionsgrundlage zum Verhältnis von Islam, Judentum und Christentum bietet die Ringparabel von Gotthold Ephraim Lessing (1729-1781) in „Nathan der Weise“.

Saladin lässt Nathan zu sich rufen und fragt ihn, welche der drei Religionen Judentum, Christentum oder Islam er für die wahre hält. Nathan denkt nach und antwortet mit einem Gleichnis. Darin besitzt ein Mann einen Ring, der seinen Träger „vor Gott und den Menschen angenehm“ macht, wenn er ihn „in dieser Zuversicht trägt“. Dieser Ring wurde über viele Generationen hinweg vom Vater an jenen Sohn vererbt, den der Vater am meisten liebte. Der Vater hat aber drei Söhne und kann und möchte keinen von ihnen bevorzugen. Deshalb lässt er von einem Goldschmied Duplikate des Ringes herstellen. Er hinterlässt jedem Sohn einen Ring, und sagt jedem von ihnen, dass sein Ring der echte sei. Nach dem Tod des Vaters gehen die Söhne vor Gericht, um klären zu lassen, welcher von den drei Ringen der echte ist. Der Richter aber kann dies nicht feststellen. Deshalb erinnert er die drei Männer daran, dass der echte Ring den Träger bei allen anderen Menschen beliebt macht. Wenn dies aber bei keinem der drei eingetreten ist, dann kann das wohl nur heißen, dass der echte Ring verloren gegangen ist. Jedenfalls soll jeder von ihnen sich bemühen, die Liebe aller seiner Mitmenschen zu verdienen. Wenn dies einem von ihnen gelingen würde, wäre er der Träger des echten Rings.

Fragen zu den Bundesländern

Lesen Sie die Fragen und schreiben Sie die richtigen Antworten darunter.

Bayern | Bürgermeister/in und Senatoren | Stadtstaaten | Landesregierung | Bremen |
Ministerpräsident/in | Föderalismus | Bundesregierung | Bundesstaat | Flächenstaaten

1. Wie nennt man einen Staat, der aus mehreren Bundesländern besteht?

2. Wie heißt das kleinste Bundesland?

3. Wie bezeichnet man die Regierenden in Hamburg, Bremen und Berlin?

4. Wie nennt man die Regierung eines Bundeslandes?

5. Wie bezeichnet man die Bundesländer Bremen, Hamburg und Berlin?

6. Wie nennt man die Regierung von ganz Deutschland?

7. Für die Bundesländer gibt es zwei Bezeichnungen: Stadtstaaten und

8. Wie bezeichnet man die Regierungschefs in den meisten Bundesländern?

9. Wie nennt man das Prinzip der Bundesstaatlichkeit?

10. Welches Bundesland ist flächenmäßig am größten?

Welche Aufgaben haben der Bund, die Länder und Gemeinden?

Ordnen Sie die Aufgaben zu.

 Ein großer Teil der Schulgebäude in K. muss dringend renoviert werden.	Bau und Wartung von Schulgebäuden
Ab 2009 werden die neuen Tests zur Einbürgerung Pflicht.	Regelung der Staatsangehörigkeit
Deutsche Soldaten werden im Norden Afghanistans stationiert.	Verteidigung
Durch einen Computerfehler hat sich die Auszahlung an Arbeitslosengeld II - Empfänger leider verzögert.	Auszahlung von ALG II nach Hartz IV
Neue fälschungssichere Personalausweise sind geplant.	Melde- und Ausweiswesen
Fast überall in Deutschland können Schüler jetzt in 12 Schuljahren das Abitur machen.	Schulgesetzgebung
Ministerpräsident dankt mutigen Polizisten für ihren Einsatz.	Polizeirecht
In M. soll ein neues Naturschutzgebiet entstehen.	Ausweisung von Naturschutzgebieten
Die Gebühren für Müllabfuhr und Straßenreinigung werden zum 1. 1. 2009 erneut erhöht.	Müllabfuhr, Versorgung mit Strom, Gas und Wasser, Straßenreinigung, öffentlicher Nahverkehr
Die Berufsfeuerwehr in W. erhält eine neue Feuerwache.	Bereitstellung von Feuerwehr, Rettung, Katastrophenschutz
2002 wird der Euro offizielles Zahlungsmittel in Deutschland.	Währungspolitik
Seit dem 1. Juli ist das Rauchen in Restaurants und Gaststätten verboten.	Ladenschluss- und Gaststättenrecht



Aufgaben des Bundes

Aufgaben der Länder

Aufgaben der Kommunen

Wie gut kennen Sie die Grundrechte?

Ghita und Giorgio interessieren sich sehr für Politik. Mit dem Grundgesetz und den Grundrechten kennen sie sich aus. Im Kurs haben sie deshalb den Spitznamen „GG“ bekommen: GG wie Grundgesetz. Und wie gut kennen Sie die Grundrechte?

- 1 Lesen Sie zuerst die Fallbeispiele und die Grundrechtsartikel. Entscheiden Sie dann: Wer oder was verstößt gegen die Grundrechte? Ordnen Sie dann die richtigen GG-Artikel zu.

Fall 1

Jugendamt nimmt Eltern Kinder weg!

Das Jugendamt in Altmarkt hat den Eltern Nadine und Dennis A. (20 und 23) das Sorgerecht für ihre Kinder (5, 4 und 3 Jahre) entzogen. „Die Eltern sind drogenabhängig. Sie können nicht für ihre Kinder sorgen“, so der Leiter des Jugendamtes im Gespräch mit unserer Reporterin.

Fall 2

Minderjährige wegen Mord an Schwester vor Gericht

Heute fand in Berlin die Gerichtsverhandlung gegen den 14-jährigen M. K. und seinen ein Jahr älteren Bruder F. K. statt. M. hatte vor einem halben Jahr seine Schwester S. erschossen. „Sie wollte leben wie eine Deutsche“, so der ältere ...

Fall 3

Grünes Licht für Moschee

Trotz der Demonstrationen wird die Moschee wie geplant gebaut. Oberbürgermeister Heine meinte dazu gegenüber Express: „Das ist das gute Recht der Muslime.“

Fall 4

+++ RAZ +++ RAZ +++ RAZ +++ RAZ +++
Der Fernsehsender RAZ hat entschieden, die satirische Zeichentrick-Serie „Jesus Christ – Superstar“ trotz der vielen Proteste von gläubigen Christen zu senden. „Dazu haben wir das Recht“, so der Chef des Senders gestern vor der Presse.

Fall 5

Das Gymnasium in Neustadt sucht zum 1. Februar 2009 eine/n neue/n Direktor/in. Bei gleicher Qualifikation soll die Stelle bevorzugt mit einer Frau besetzt werden. Die Reaktion des stellvertretenden Direktors war eindeutig: „Ich verstehe das nicht. Frauen werden bevorzugt in Deutschland. Das verstößt doch klar gegen das Grundgesetz.“

GG Auszüge aus den Grundrechtsartikeln 2–6

(A) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(B) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

(C) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt. Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit ...

(D) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten ... Eine Zensur findet nicht statt.

(E) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.

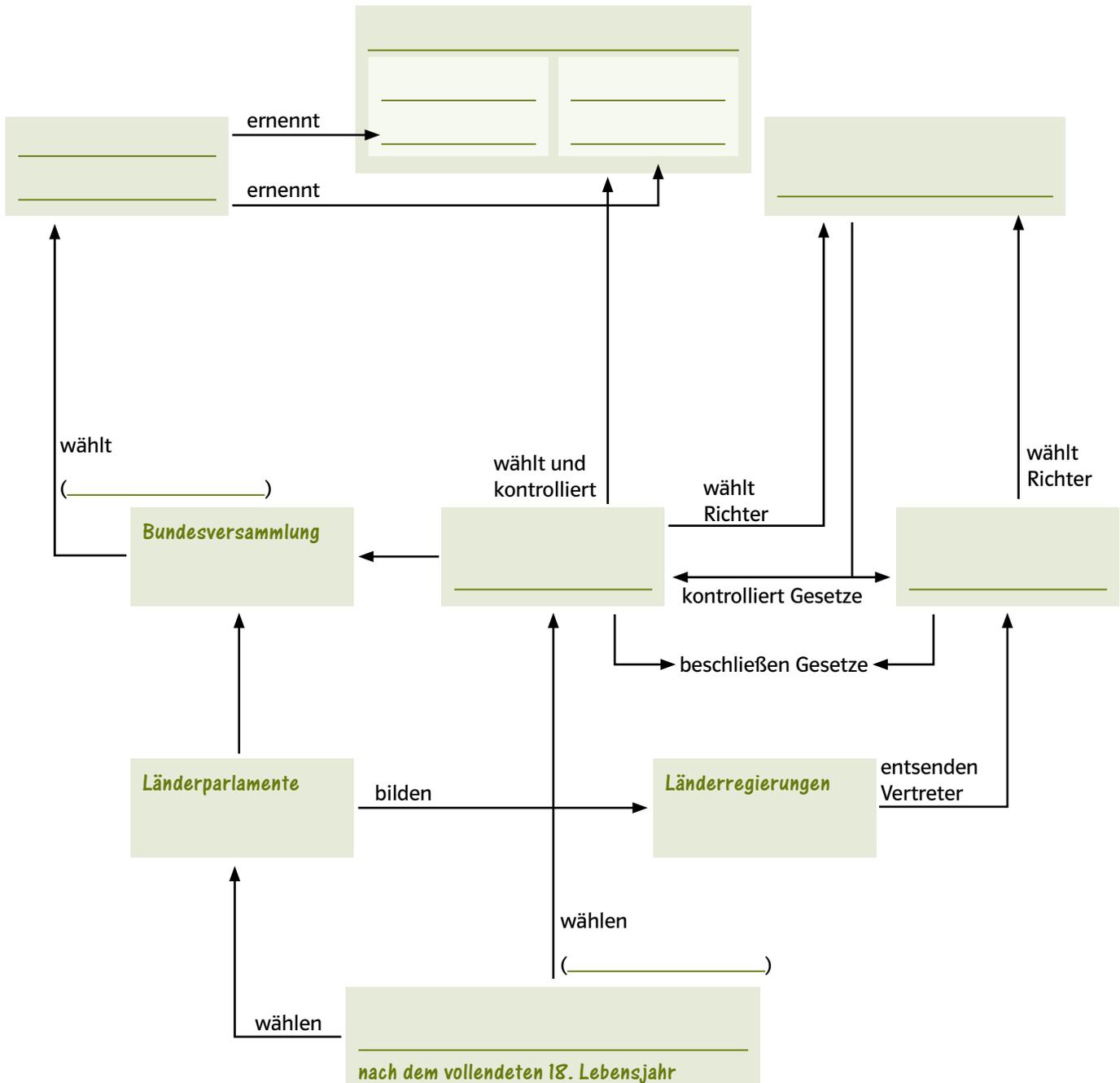
2 Ergänzen Sie das Fallbeispiel und den passenden Auszug aus den Grundrechten. Die Kommentare von Ghita und Georgio helfen Ihnen.

Fallbeispiel	Grundrecht / Artikel
Fall 2	<p>GG <i>Sie hatte das Recht, so zu leben, wie sie wollte. Das steht doch in Art. 2,1 und 2,2.</i></p>
	<p>GG <i>Aber nein, er hat Unrecht. Das verstößt nicht gegen Im Gegenteil. Das steht doch in Art. 3,2.</i></p>
	<p><i>Der Beamte hat Recht! Das steht doch in Art. 4,2.</i> GG</p>
	<p><i>Na klar, das gehört zur Pressefreiheit. Das steht doch in Art. 5,1.</i> GG</p>
	<p>GG <i>Unserer Meinung nach wurde hier richtig entschieden. Das steht doch in Art. 6,3.</i></p>

Wie ist die politische Struktur Deutschlands?

Tragen Sie die Begriffe in das Schaubild ein.

Bürgerinnen und Bürger | Bundesregierung | Bundestag | Bundesrat | Bundespräsident/in |
 Bundesminister | Bundeskanzler/in | Bundesverfassungsgericht | alle 4 Jahre | alle 5 Jahre



18.05 Uhr: Anja am Abend – Die beliebte Talkshow heute zum aktuellen Thema „Flughafenausbau“

1 Bilden Sie vier Gruppen.

Gruppe 1: Moderationsteam

Gruppe 2: Naturschützer/innen

Gruppe 3: Leitung des Flughafens

Gruppe 4: Anwohner/innen

2 Bereiten Sie sich auf die Talkshow vor.

Gruppe 2–4: Versetzen Sie sich in Ihre Rolle: Was spricht für den Ausbau? Was spricht gegen den Ausbau? Diskutieren Sie und notieren Sie auf der Rollenkarte Ihre Argumente, Beispiele und sinnvolle Aktionen.

Gruppe 1: Sie moderieren die Diskussion. Überlegen Sie sich gemeinsam eine kurze Einleitung und konkrete Fragen für die einzelnen Gruppen. Achten Sie darauf, dass alle zu Wort kommen.

3 Machen Sie nun zusammen das Rollenspiel.

Rollenkarte Naturschützer/innen

Argumente:

Persönliche Erfahrungen / Beispiele:

Aktionen:

Rollenkarte Flughafenleitung

Argumente:

Persönliche Erfahrungen / Beispiele:

Aktionen:

Rollenkarte Anwohner/innen

Argumente:

Persönliche Erfahrungen / Beispiele:

Aktionen:

Rollenkarte Moderation

Einführung:

Fragen an die Flughafenleitung:

Fragen an die Naturschützer/innen:

Fragen an die Anwohner/innen:

Schlusswort:

Jugendliche unter Hitler

- 1 Wie stellen Sie sich das Leben von Jugendlichen im Nationalsozialismus vor? Was machten sie in ihrer Freizeit? Wie zogen sie sich an? Welche Musik hörten die jungen Leute damals? Stellen Sie Vermutungen auf. Die Aussagen helfen Ihnen dabei.

Ein richtiger deutscher Junge trägt die Haare kurz und ordentlich.

Ich höre keine ausländischen Radiosender. Die lügen alle!

Ich bin ein deutsches Mädel. Die deutsche Frau schminkt sich nicht!

Am Wochenende wandern und marschieren wir. Das macht uns stark!

So lebten die meisten Jugendlichen unter Hitler:

Ich nehme an, dass ...

- 2 **PA** Wie lebten Jugendliche unter Hitler? Lesen Sie die den Text und unterstreichen Sie wichtige Informationen.

i So sollten alle Jugendlichen unter Hitler leben

In der Zeit der Diktatur von 1933 bis 1945 sollten alle Menschen bedingungslos „dem Führer“ folgen. Alle sollten gleich denken, fühlen und handeln: nämlich als Nationalsozialisten. Auch äußerlich sollte man sie als Nationalsozialisten erkennen können: an ihren kurzen Haaren und ihrer militärischen Kleidung.

In der Schule und in der Freizeit wurden Kinder und Jugendliche vom Staat zu Nationalsozialisten erzogen. Dabei ging man ganz systematisch vor: 10- bis 14 jährige Kinder wurden Mitglied im „Jungvolk“ bzw. im „Jungmädelsbund“. Die 14- bis 18-jährigen Jungen gehörten der „Hitler-Jugend“ (HJ) an, die Mädchen dem „Bund deutscher Mädel“ (BDM). Es herrschte strenge Geschlechtertrennung. Die Mitgliedschaft in den Jugendorganisationen war Pflicht, aber nicht alle durften teilnehmen: Kranke und Schwache, vor allem aber Juden wurden ausgeschlossen.

Die Kinder wurden feierlich in die Gemeinschaft aufgenommen und durften Uniform tragen. Dadurch fühlten sie sich wichtig. Bei den wöchentlichen Treffen trieb man Sport und musste beweisen, dass man keine Angst hatte, sondern mutig war. Dadurch wurden die Jugendlichen ohne ihr Wissen auf Kampf und Krieg vorbereitet. In der Freizeit wanderte man in der Gruppe und sang deutsche Lieder. Ausländische Musik mit wilden Rhythmen war verboten.

3 Lesen Sie nun den nächsten Text und vergleichen Sie die Jugendlichen.



So wollten die Swing-Jugendlichen leben

In der Zeit vor 1933 hatten die Menschen in den Großstädten begeistert zu ausländischer Musik getanzt. Vor allem der „Swing“ war beliebt bei deutschen Jugendlichen. In der Hitlerzeit hielt man diese Musik für undeutsch und „entartet“. Swingtänze wurden verboten.

Aber es gab Jugendliche, die sich ihre Musik nicht verbieten lassen wollten. Sie hörten weiter heimlich Swingmusik und versuchten auf dem schwarzen Markt neue Swing-Platten zu bekommen. Sie gründeten Swing-Bands und organisierten heimlich Partys, auf denen weiter Swing getanzt wurde. Auch äußerlich wollten diese Jugendlichen anders sein als die Hitlerjugend: Die Jungen hatten längere Haare und trugen keine militärische Kleidung, sondern kleideten sich englisch: Sie trugen ein kariertes Jackett, einen weißen Seidenschal und einen Stockschild. Die Mädchen betonten ihre Weiblichkeit: Sie schminkten sich die Lippen, lackierten die Nägel und trugen Kleider statt Trainingsanzüge.

Die Nationalsozialisten erklärten die Swing-Fans für krank und kriminell. Die SS und die Geheime Staatspolizei (Gestapo) beobachteten das Treiben dieser unangepassten Jugendlichen. Die Teilnahme an Swing-Partys wurde immer gefährlicher. Viele Jugendliche wurden bei Razzien erwischt und kamen ins Gefängnis. Man steckte sie zur Umerziehung in Arbeitslager. Andere kamen in Jugendkonzentrationslagern ums Leben.

Die Swing-Jugendlichen waren zunächst unpolitisch. Aber durch ihre Erfahrungen politisierten sich viele und wurden Gegner der Nationalsozialisten. ¹

4 Wie beurteilen Sie das Verhalten der Swing-Jugend? Für wie wichtig halten Sie die Freiheit, so leben zu können, wie man selbst es für richtig hält? Wie wichtig ist Ihnen Ihre persönliche Freiheit?

¹ @ Weitere Infos unter www.planet-wissen.de

Wie wurde aus zwei deutschen Staaten wieder ein Staat?

Setzen Sie die Wörter aus dem Schüttelkasten in die Texte.

Hauptstadt | Deutsche Einheit | Montagsdemonstrationen | D-Mark | Wiedervereinigung | 1989 |
 Berliner Mauer | 9. November 1989 | Alliierten | 2+4-Vertrag | 3. Oktober | Ost-West-Konfliktes |
 Staatschef | 40 | DDR-Bürger | 1985

- 1**
 Seit _____(1) ist Michail Gorbatschow Generalsekretär der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion. Seine neue Außenpolitik bringt das Ende des _____(2). Dadurch wird die _____(3) Deutschlands möglich.
- 2**
 Die wirtschaftliche Lage in der DDR wird schlechter. Immer mehr Menschen wollen das Land verlassen und fliehen über Ungarn und Österreich in die Bundesrepublik. Aber nicht alle _____(4) wollen ihr Land verlassen. Viele möchten bleiben und die DDR verändern. In Leipzig finden die _____(5) statt. Im Oktober _____(6) nehmen 70.000 Menschen daran teil.
- 3**
 Am 7. Oktober 1989 wird die DDR _____(7) Jahre alt. Auch während der Feierlichkeiten gehen die Demonstrationen gegen die DDR-Führung weiter. Viele DDR-Bürger fliehen in die deutsche Botschaft in Prag oder versuchen weiter über Ungarn nach Österreich zu kommen. Am 18. Oktober tritt _____(8) Erich Honecker von allen Ämtern zurück. Die neue Regierung in Ost-Berlin verliert bald die Kontrolle über die Ereignisse. Am _____(9) eilen Tausende Ost-Berliner an die Grenzen. Sie haben im DDR-Fernsehen gehört, dass sie ohne Antrag ins Ausland, also auch in die Bundesrepublik und nach West-Berlin, reisen dürfen. Die Grenzsoldaten öffnen die Grenzübergänge. Menschen aus Ost- und Westberlin feiern zusammen auf der _____(10).
- 4**
 Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) macht der DDR den Vorschlag, sich zusammensetzen und über die Zukunft zu reden. Sein politisches Ziel ist die _____(11). Am sogenannten „Runden Tisch“ beraten Parlamentarier aus beiden Teilen Deutschlands darüber. Durch den Staatsvertrag vom 1. Juli 1990 werden die beiden deutschen Staaten zu einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Die _____(12) wird jetzt auch in der DDR Zahlungsmittel.
- 5**
 Die letzte Entscheidung aber haben die _____(13) Im Sommer 1990 finden Gespräche zwischen den zwei deutschen Staaten und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs statt. Das Ergebnis ist der _____(14). Durch diesen Friedensvertrag wird Deutschland wieder ein souveräner Staat. Am 31. August wird der Einigungsvertrag zwischen beiden deutschen Staaten unterzeichnet. Am _____(15) gibt es die DDR nicht mehr. Sie wird Teil der Bundesrepublik Deutschland. Die neue _____(16) wird Berlin.

Wie lauten die Antworten und die Lösungsworte? Tragen Sie die Wörter ein.

1. Wie heißt die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland?
2. So nennt man die neue Ostpolitik Anfang der 1970er Jahre.
3. Sie wurde am 13. August 1961 gebaut.
4. Dieser sowjetische Politiker ermöglichte die Wiedervereinigung.
5. Welche Zeit beginnt mit der „Stunde Null“?
6. Mit diesem Plan wurden die Westzonen nach dem Krieg unterstützt.
7. So nannte man das Wirtschaftssystem in der Ostzone und in der DDR.
8. In den Westzonen und in der Bundesrepublik Deutschland entwickelte sich ein anderes Wirtschaftssystem: die „Soziale ...“
9. Wie nennt man die vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs?
10. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Deutschland völlig zerstört. Wie nennt man den Neuanfang danach?
11. Wer war der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland?
12. Was ereignete sich am 17. Juni 1953 in der DDR?
13. Wie hieß der Bundeskanzler der neuen Ostpolitik?
14. Es passierte am 9. November 1989.
15. So bezeichnet man den schnellen wirtschaftlichen Erfolg in der Bundesrepublik in den 50er Jahren.
16. Wie nennt man die Proteste in Leipzig im Sommer 1989?
17. So lautet die offizielle Bezeichnung für die Flucht aus der DDR in die Bundesrepublik.
18. Wer war der erste Bundeskanzler des wiedervereinigten Deutschlands?
19. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es zwei deutsche Staaten. Man spricht von der ... Deutschlands.
20. Wie nennt man die Niederlage Deutschlands am 8. Mai 1945?
21. So nennt man einen Staat, in dem sich alle an die Gesetze halten müssen.

Die Europäische Union und ihre Institutionen

Wählen Sie ein Hauptorgan der EU aus. Lesen Sie zuerst den Text, präsentieren Sie ihn dann im Kurs. Sprechen Sie als Minister/in oder Kommissar/in ... Die anderen raten, wer Sie sind bzw. wo sie mitarbeiten.



Rat der Europäischen Union

Dem Ministerrat, der eigentlichen Regierung Europas, gehören aus jedem Mitgliedsstaat je ein/e Fachminister/in an. Welche Minister/innen an den Tagungen teilnehmen, ist jeweils von den Themen abhängig. Der Rat ist für die Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik und für internationale Vereinbarungen zuständig. Zusammen mit dem Europäischen Parlament verabschiedet der Rat Rechtsvorschriften und genehmigt den Haushaltsplan der EU. Der Rat ist das wichtigste Entscheidungsorgan der EU.

Europäischer Rat

Als Europäischer Rat treten die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer bis zu viermal im Jahr auf Gipfeltreffen zusammen. Gemeinsam mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission legen sie dabei die Leitlinien der EU-Politik fest und beraten über ungelöste Fragen. Jedes EU-Mitgliedsland übernimmt im Wechsel für ein halbes Jahr den Vorsitz im Europäischen Rat. Die Treffen finden in der Hauptstadt des EU-Landes statt, das die aktuelle Ratspräsidentschaft übernommen hat.

Europäische Kommission

Die europäische Kommission hat vier große Aufgabenfelder: Die Kommission setzt die Beschlüsse des Europäischen Rates und des Europäischen Parlamentes in konkrete Politik um. Sie macht Vorschläge für neue Rechtsvorschriften und kontrolliert gemeinsam mit dem Gerichtshof die Einhaltung des europäischen Rechts. Sie vertritt die EU auf internationaler Ebene. Die Kommission besteht aus 27 Kommissaren. Jedes Mitgliedsland der EU stellt eine/n Kommissar/in. Der/Die Präsident/in der Kommission wird von den europäischen Staats- und Regierungschefs bestimmt und vom Europäischen Parlament bestätigt. Er/Sie vertritt die EU auch auf internationaler Ebene. Der Sitz der Europäischen Kommission ist Brüssel.

Europäisches Parlament

Das europäische Parlament ist die Volksvertretung der EU-Staaten und damit das Parlament für ca. 500 Millionen Menschen. Zusammen mit dem Rat verabschiedet das Parlament den jährlichen Haushalt der EU. Es kontrolliert alle anderen Organe der EU – insbesondere die Europäische Kommission – und kann bei Gesetzen z.B. zum Binnenmarkt, zum Umweltschutz, zur Gesundheitspolitik, im Bereich Kulturförderung mitentscheiden. Die EU-Abgeordneten werden alle fünf Jahre direkt gewählt. Zurzeit hat das Europäische Parlament 785 Abgeordnete aus allen 27 EU-Ländern, der Frauen-Anteil liegt bei ca. 31 %. Sitz des Europäischen Parlaments ist Straßburg, Plenarsitzungen finden aber auch in Brüssel und Luxemburg statt.

Europäischer Gerichtshof

Der Gerichtshof achtet darauf, dass das EU-Recht in allen Mitgliedsländern der Europäischen Union gleich interpretiert und angewendet wird. Gemeinsam mit der Europäischen Kommission überwacht der Gerichtshof außerdem, dass die EU-Mitgliedsstaaten und die Organe der EU sich an die Rechtsvorschriften halten. Ist dies nicht der Fall, kann die Europäische Kommission (oder ein anderes EU-Land) ein Verfahren gegen das entsprechende Land oder Organ einleiten. Der Gerichtshof überprüft die Vorwürfe und fällt das Urteil. Der Mitgliedsstaat muss den Verstoß sofort abstellen bzw. ein Bußgeld bezahlen. Jedes EU-Mitgliedsland entsendet einen Richter an den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft, damit alle 27 nationalen Rechtsordnungen der EU dort vertreten sind. Der Sitz des Gerichtshofes ist Luxemburg.

Wann war was? – ein Geschichtsdaten-Quiz

NS-Zeit	Bundesrepublik Deutschland	DDR	Wiedervereinigung	Gedenktage
Wann begann der Zweite Weltkrieg?	In welchem Jahrzehnt fand das Wirtschaftswunder statt?	Wann hatte der DDR-Staat sein 40-jähriges Jubiläum?	Wann genau fiel die Berliner Mauer?	Wann feiern die Deutschen ihren Nationalfeiertag?
Wann kapitulierte die deutsche Armee? (Monat / Jahr)	In welchem Jahrzehnt machte Willy Brandt seine neue Ostpolitik?	Wann wurde die Deutsche Demokratische Republik gegründet? (Tag / Monat / Jahr)	Wann wurde aus beiden deutschen Staaten wieder ein Land?	An welchem Tag gedenkt man der Befreiung Deutschlands vom Faschismus?
In welchem Jahr und welchem Monat kam Hitler an die Macht?	Wann genau wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet? (Tag / Monat / Jahr)	Wann wurde die Berliner Mauer gebaut?	Im Sommer welchen Jahres fanden die 2+4-Gespräche statt?	Wann ist der Auschwitz-Gedenktag?
In welchem Jahr wurden während der Reichspogromnacht viele Synagogen in Deutschland zerstört?	Wann erhielten die Westzonen eine neue Währung? (D-Mark)	Wann ereignete sich der Volksaufstand in der DDR?	Ab wann genau war die D-Mark Zahlungsmittel in der DDR?	Welcher Tag des Jahres ist der Tag des Grundgesetzes?
Wann fand das Attentat von Oberst Stauffenberg gegen Hitler statt?	Wann hat die Bundesrepublik Deutschland die DDR als Staat anerkannt?	Wann besuchte Bundeskanzler Willy Brandt zum ersten Mal die DDR?	Seit wann war Michail Gorbatschow Generalsekretär der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion?	Welcher Tag war bis zur Wiedervereinigung der „Tag der deutschen Einheit“?

Wann war was? – ein Geschichtsdaten-Quiz

NS-Zeit	Bundesrepublik Deutschland	DDR	Wiedervereinigung	Gedenktage
10	10	10	10	10
20	20	20	20	20
30	30	30	30	30
40	40	40	40	40
50	50	50	50	50

Lösungen

NS-Zeit	Bundesrepublik Deutschland	DDR	Wiedervereinigung	Gedenktage
1939	50er Jahre des 20. Jahrhunderts	7. Oktober 1989	9. November 1989	3. Oktober
Mai 1945	Anfang der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts	7. Oktober 1949	3. Oktober 1990	8. Mai
Januar 1933	23. Mai 1949	13. August 1961	Sommer 1990	27. Januar
1938	1948	17. Juni 1953	1. Juli 1990	23. Mai
20. Juli 1944	1973	19. März 1970	1985	17. Juni

Schulbildung

Das habe ich in der Schule gelernt

... hat in der Schule Spaß gemacht

... fand ich langweilig.

... habe ich später nie wieder gebraucht.

Auswendiglernen fand ich ...

Vor allem habe ich gelernt ...

Unsere Lehrer und Lehrerinnen waren ...

Das sollte in der Schule gelernt werden

Heute ist vor allem wichtig ...

Unwichtig finde ich ...

Eine gute Methode ist ...

Lehrer und Lehrerinnen sollen ...

Schulbildung sollte ... dauern

Außer Wissen sollte die Schule noch ... vermitteln

Welche Bedeutung hat lebenslanges Lernen?

1 Welche Überschrift passt zu welchem Text? Ordnen Sie zu.

Mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt durch Weiterbildung

Deutschlernen als Schlüssel zur Integration

Lebenslanges Lernen hält fit

Persönliche Entwicklung ohne lebenslanges Lernen nicht möglich

Am gesellschaftlichen Leben teilnehmen? Neues Lernen!

1 _____

Ein Team von deutschen Wissenschaftlern untersuchte über zwei Jahre lang eine ausgewählte Gruppe Erwachsener im Alter zwischen 30 und 60 Jahren. Ein Teil der Testpersonen war neben dem Beruf sehr aktiv. Typisch für sie waren z. B. häufige Kino- und Theaterbesuche, regelmäßiges Lesen von Zeitungen, private oder berufliche Fortbildung, Engagement in der Gemeinde.

Nach zwei Jahren steht fest: Aktive Menschen, die Spaß am Neuen und am Lernen haben, sind emotional stabiler, flexibler und seltener krank. Sie können auch Probleme besser lösen als Menschen, die das Alltagsleben und ihre Freizeit nicht aktiv gestalten.

2 _____

In Berlin wurde eine neue Sprachschule eröffnet. Ihr Leiter, Dr. Wolf Rappert, antwortete unserer Zeitung auf die Frage: „Wie wichtig sind gute Deutschkenntnisse?“

„Wir alle haben es doch längst erkannt – die deutsche Sprache spielt bei der Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger eine zentrale Rolle. Unsere Sprachschule hat ein neuartiges Konzept entwickelt, mit dem sie vor allem junge Menschen unterstützen möchte. Dabei geht es uns nicht nur um die Verbesserung der sprachlichen Kompetenz, sondern auch um die erfolgreiche soziale Integration: Durch gute Sprachkenntnisse erhöhen sich die Chancen auf dem Arbeitsmarkt.“

3 _____

Die Teilnahme am öffentlichen Leben ist ein wichtiges Prinzip unserer Demokratie. In der Gemeinde H. in Norddeutschland hat sich die Bürgerinitiative „Gemeinsam gestalten“ dieses Prinzip als Ziel gesetzt. „Mit unserer Initiative wollen wir die Horizonte der Menschen hier erweitern“, erklärt die Sprecherin der Initiative. „Wir wollen an unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger appellieren, damit sie sich mehr in der Gemeinde engagieren. Wir unterstützen ihre Teilnahme an Schulungen, Seminaren und Fortbildungen, in denen man Einblicke in neue Bereiche bekommen kann. Dadurch steigt dann auch die Bereitschaft, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und unsere gemeinsame Umwelt aktiv mitzugestalten.“

2 Zwei Überschriften bleiben übrig. Was könnte in den anderen beiden Texten stehen? Die Wörter im Kasten helfen Ihnen.

Studie / Umfrage bestätigt | aktiv sein | an Fortbildungen teilnehmen | Qualifikation / Kompetenzen erweitern | beruflich weiterkommen | Erfolg haben | Prinzip lebenslanges Lernen | für Neues offen sein | Zufriedenheit | soziale Kontakte | Erfahrungen sammeln | neue Perspektiven bekommen | Sprachen lernen | Computerkurse besuchen

Gleichberechtigte Bildung: Welche Schulabschlüsse haben Jungen und Mädchen? Wie sind die beruflichen Perspektiven und Trends?

Sehen Sie sich die Grafik und den Text auf S. 68 an und beantworten Sie die Fragen.

Mädchen

Welche Schulabschlüsse erreichen Mädchen?

Wie verläuft der berufliche Aufstieg von Mädchen und Frauen?

Was sind typische Frauenberufe in Deutschland?

Welche Tendenzen in der Schule und im Beruf gibt es bei Frauen?

Was ist positiv an diesem Trend?

Was ist negativ oder problematisch?

Jungen

Welche Schulabschlüsse erreichen Jungen?

Wie verläuft der berufliche Aufstieg von Jungen und Männern?

Was sind typische Männerberufe in Deutschland?

Welche Tendenzen in der Schule und im Beruf gibt es bei Männern?

Was ist positiv an diesem Trend?

Was ist negativ oder problematisch?

„Meine“ Familie ist mir wichtig!

Lesen Sie den Text zu Aufgabe 9 im Kursbuch auf S. 73 und spielen Sie dann mit verteilten Rollen das Beratungsgespräch. Finden Sie einen Kompromiss.



Rollenkarten:

Ehefrau:

Sie braucht den Kontakt zu ihrer Familie (ihren Eltern und ihren Geschwistern) und möchte sie so oft wie möglich sehen. Mit allen Familienmitgliedern versteht sie sich sehr gut und fragt sie auch oft um Rat, wenn es Probleme gibt. Es gefällt ihr, wenn viele Verwandte zusammenkommen: dann ist immer viel los.

Aufgabe:

Erklären Sie Ihrem Partner, was für Sie wichtig ist und wie Sie die Situation sehen. Achten Sie darauf, was Ihr Partner Ihnen sagt. Wiederholen Sie seine Argumente.

Ehemann:

Unter der Woche arbeitet er viel, deswegen ist es ihm wichtig, in der Freizeit etwas mit seiner Familie zu unternehmen. Er möchte möglichst viel Zeit zu dritt verbringen. Der Trubel bei den Verwandten ist ihm manchmal zu viel.

Aufgabe:

Erklären Sie Ihrer Partnerin, was für Sie wichtig ist und wie Sie die Situation sehen. Achten Sie darauf, was Ihre Partnerin Ihnen sagt. Wiederholen Sie dann ihre Argumente.

Berater/in

Er/Sie möchte gemeinsam mit dem Ehepaar eine Lösung finden und sucht daher nach einem Kompromiss, der beide zufriedenstellt.

Mögliche Vorschläge:

- den Vormittag zu dritt verbringen, am Nachmittag zu den Verwandten fahren
- einen Feiertag bei den Verwandten verbringen, den nächsten zu dritt
- sie fährt zu ihren Verwandten, er bleibt zu Hause
- die Verwandten kommen zum Essen

Aufgabe:

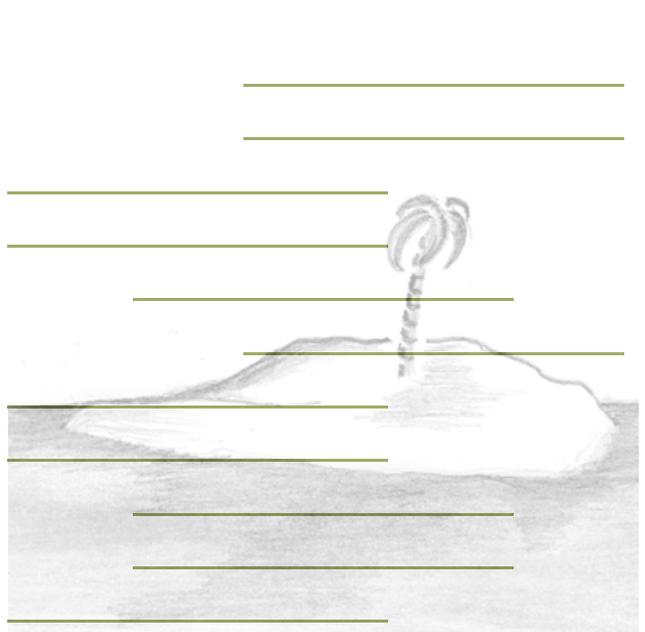
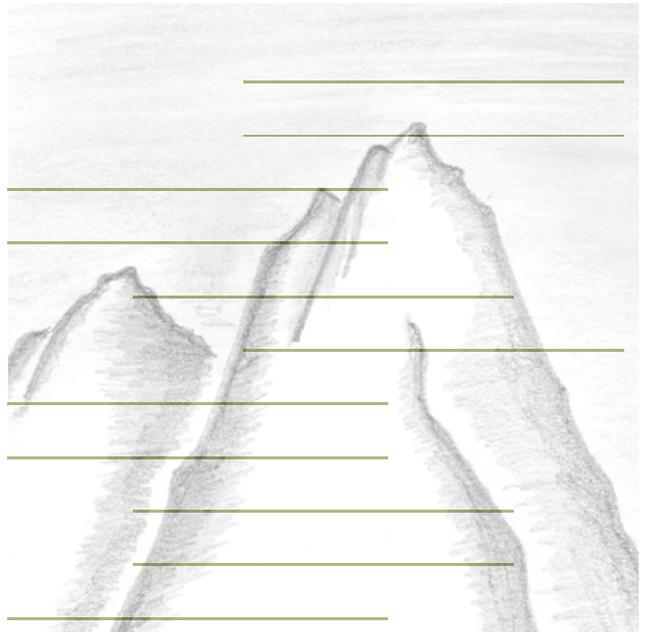
Lassen Sie zuerst die Frau sagen, was sie meint. Der Mann wiederholt, was die Frau gesagt hat. Dann sagt der Mann, was er meint. Die Frau wiederholt, was der Mann gesagt hat.

Suchen Sie jetzt gemeinsam mit dem Ehepaar nach Möglichkeiten, wie man den Konflikt lösen kann.

Wie verändert sich Kultur?

1 Was passt zu welcher Landschaft? Lesen Sie die Stichwörter im Kasten und ordnen Sie zu.

stabil | fließend | dominant | eigenwillig | bringt Nutzen | grenzüberschreitend | wild |
 kann man nicht versetzen | überschaubar | verändert sich sehr langsam | heilig | über Jahrtausende
 entstanden | mächtig | isoliert | eigene Flora und Fauna | ständige Veränderung | verändert sich in einem
 regelmäßigen Rhythmus | muss kultiviert / bearbeitet werden | begrenzt | schwer zu erreichen | ruhig |
 langsame Veränderung | ständig in Bewegung



2 **GA** Überlegen Sie nun: Wie verändert sich eine Kultur? Welche Landschaft zeigt Ihrer Meinung nach am besten diesen Prozess? Warum? Diskutieren Sie in Gruppen und begründen Sie.

Welche religiösen Symbole, Feste, Rituale und Bräuche sind Ihnen wichtig?

Symbole

Spruch/Zitat

Rituale und Bräuche

Feste und Ereignisse

Welche Bedeutung hat Religion?

Lesen Sie die Texte. Stimmen Sie allen Aussagen zu? Wie sind Ihre Antworten?



Religion – in jeder Gesellschaft ein sehr wichtiges Element der Geschichte und Kultur?

In der Schule hatten wir Religionsunterricht und einen sehr guten Lehrer. Da habe ich langsam verstanden, wie sehr die Religion die ganze gesellschaftliche Entwicklung in allen ihren Phasen beeinflusst hat. Das, was wir heute sind und wie wir sind, hat immer mit Religion zu tun.

Religion – die Basis der Werte?

Ich denke, eine moderne Gesellschaft, wie z. B. die deutsche, basiert auf Erkenntnissen moderner Wissenschaft und auf fortschrittlichen Gedanken. Nicht die Religion oder der Glaube bestimmt unsere Werte, sondern der freie, gesunde Menschenverstand und wichtige demokratische Prinzipien.

Religion – bestimmt unser Verhalten?

Manchmal habe ich mich gefragt: Warum tue ich das oder warum handle ich so? Meiner Meinung nach spielt die Erziehung eine große Rolle und zusammen mit der Erziehung auch die Religion. Manchmal habe ich z. B. ein schlechtes Gewissen, wenn ich etwas falsch mache. Ich denke, dieses schlechte Gewissen hängt auch mit meinem Glauben zusammen.

Religion – im Alltag nicht immer sichtbar?

Religion, das müssen nicht nur die vielen Symbole sein, die jeder kennt und die man oft sehen kann. Religion beeinflusst unsere Kultur, unser Handeln und unser Denken. Anderen Menschen zu helfen und Gutes zu tun, ist z. B. oft religiös motiviert.

**Religion – viele Ratschläge für ein gutes Leben?**

Man kennt zwar die 10 Gebote aus der Bibel, aber die haben mit dem Alltag oft nicht viel zu tun. Als ich klein war, hat mir meine Oma oft Geschichten erzählt. Die Menschen in ihren Erzählungen hatten immer ein gleiches Ziel: in jeder Lebenssituation ein guter Mensch zu sein. Und das ist genau das, was mir wichtig ist. Diese Geschichten haben mich sehr beeinflusst.

Religion – es gibt viele Regeln?

Früher waren Rituale und Bräuche wichtiger. Da gab es viel mehr Regeln und die Menschen haben sich auch an diese Regeln gehalten. In der heutigen Zeit spielt das alles keine so wichtige Rolle mehr. Aber es gibt sicherlich Länder und Gesellschaften, in denen religiöse Regeln immer noch eine große Bedeutung haben.

Religion – ein bestimmter Ort?

Ich verbinde Religion und meinen Glauben mit mehreren Orten. Die Kirche in unserer Stadt, aber auch unser Haus und meine Familie bedeuten für mich eine Verbindung mit der Religion. In einem größeren Kontext denke ich sofort an Europa und Italien.

Religion – alles hat seinen Sinn?

Nein, in der Religion kann man doch keinen Sinn suchen. Nicht ein Gott oder eine höhere Macht sind für unser Leben und seinen Sinn verantwortlich! Jeder Mensch trägt selbst die Verantwortung und kann auch nur selbst – durch das, was er tut – seinem Leben einen Sinn geben.

Kreuzen Sie die richtige Antwort an.

Die Strukturprinzipien des deutschen Staates

1. Die Bundesrepublik Deutschland ist

- a eine Demokratie, aber kein Rechtsstaat.
- b ein Bundesstaat, ein Rechtsstaat, eine Demokratie und ein Sozialstaat.
- c ein Bundesstaat und ein Rechtsstaat, aber kein Sozialstaat.
- d ein Sozialstaat und ein Bundesstaat, aber keine Demokratie.

2. In einem Bundesstaat ist die Staatsgewalt aufgeteilt

- a zwischen dem Bund und den Ländern.
- b zwischen dem Kanzler und dem Präsidenten.
- c zwischen dem Bundestag und dem Bundesrat.
- d zwischen der Regierung und dem Volk.

3. In einer Demokratie

- a gibt es kein gewähltes Staatsoberhaupt.
- b gibt es eine freiheitliche demokratische Grundordnung, an die sich alle halten müssen.
- c kann jeder machen, was er will.
- d regieren alle Bürger gemeinsam.

4. Wer ist in einem Rechtsstaat an die Gesetze gebunden?

- a nur deutsche Staatsbürger, aber nicht die ausländischen Mitbürger
- b nur die Bürger, aber nicht der Staat
- c alle Bürger und auch der Staat
- d nur der Staat, aber nicht die Bürger

5. In einem Sozialstaat

- a hat der Staat die Fürsorgepflicht für jeden Bürger.
- b muss niemand persönlich für das Alter vorsorgen.
- c bekommen alle Menschen Geld vom Staat.
- d gibt es keine Solidarität mit armen und schwachen Menschen.

Rechte und Pflichten

6. Das Grundgesetz ist

- a die Verfassung der Europäischen Union.
- b die Verfassung der neuen Bundesländer.
- c die Verfassung Deutschlands seit 1918.
- d die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland.

7. Die Grundrechte bestehen aus

- a wichtigen und unwichtigen Rechten.
- b Menschenrechten und Bürgerrechten.
- c Rechten nur für Bürger der Bundesrepublik Deutschland.
- d aus internationalen Rechten.

8. Was ist kein Menschenrecht?

- a Meinungsfreiheit
- b Glaubensfreiheit
- c Schutz der Menschenwürde
- d Freizügigkeit im Bundesgebiet und in Europa

9. Bürgerrechte sind Rechte für

- a deutsche Staatsbürger.
- b Bürger der Europäischen Union.
- c Bürger, die länger als drei Monate in Deutschland leben.
- d für alle Menschen auf der Welt.

10. Neben den Grundrechten gibt es für alle Menschen in Deutschland auch Pflichten. Welche Pflicht gilt nicht?

- a Man muss sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen.
- b In Deutschland herrscht Schulpflicht.
- c Man muss eine deutsche Flagge besitzen.
- d Man muss sich an die Gesetze halten.

Verfassungsorgane**11. Was gehört nicht zu den Verfassungsorganen?**

- a Bundespräsident
- b Bundesland
- c Bundestag
- d Bundesregierung

12. Welche Aufgabe hat der Bundestag?

- a kontrolliert die Gesetze
- b regiert in Deutschland
- c bespricht und beschließt neue Gesetze
- d repräsentiert Deutschland

13. Welche Aufgabe hat der Bundespräsident nicht?

- a den Bundeskanzler offiziell ernennen
- b den Staat repräsentieren
- c die Minister offiziell ernennen
- d die Interessen der Bundesländer vertreten

14. Welche Partei ist nicht im Bundestag vertreten?

- a FDP
- b NPD
- c SPD
- d CDU

15. Was ist kein Staatssymbol?

- a Freiheit
- b Flagge
- c Hymne
- d Bundeswappen mit Bundesadler

16. Welche Farben hat die Bundesflagge?

- a Schwarz-Gold-Rot
- b Gold-Schwarz-Rot
- c Rot-Gold-Schwarz
- d Schwarz-Rot-Gold

Sozialstaat**17. Der Staat sorgt für**

- a soziale Gleichheit.
- b soziale Gerechtigkeit.
- c soziales Engagement.
- d soziale Unterschiede.

18. Die Sozialversicherung hilft den Menschen, wenn sie

- a Schulden haben.
- b ein neues Auto brauchen.
- c in Urlaub fahren wollen.
- d krank oder arbeitslos sind.

19. Was ist kein Prinzip der Sozialversicherung?

- a Solidarität
- b Versicherungspflicht
- c Private Vorsorge
- d Beitragsfinanzierung

20. Beiträge in die Sozialversicherung bezahlen

- a nur Arbeitgeber
- b nur Arbeitnehmer
- c Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam
- d alle Menschen

21. Die Leistungen für Versicherte

- a richten sich nach dem Gehalt.
- b sind für Deutsche anders.
- c sind bei jedem Arbeitgeber anders.
- d sind für alle gleich.

22. Was bezahlt die Krankenversicherung?

- a monatliche Rente im Alter
- b Arztkosten
- c Arbeitslosengeld
- d Pflegekosten

Politische und gesellschaftliche Teilhabe**23. Was gehört nicht zu den Wahlrechtsgrundsätzen?**

- a die geheime Wahl
- b die schnelle Wahl
- c die freie Wahl
- d die gleiche Wahl

24. Bei Bundestagswahlen und Landtagswahlen darf jeder wählen, der mindestens 18 Jahre alt ist und

- a in Deutschland lebt.
- b seit mindestens acht Jahren in Deutschland lebt.
- c in Deutschland arbeitet.
- d seit mindestens einem Jahr die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt.

25. Bei den Kommunalwahlen wählen darf außerdem jede/r Erwachsene, der/die

- a seit mindestens acht Jahren in Deutschland lebt.
- b seit mindestens einem Jahr in Deutschland arbeitet.
- c EU-Bürger ist und seit mindestens drei Monaten seinen Wohnsitz in der Gemeinde hat.
- d seit mindestens drei Monaten in der Gemeinde lebt.

26. Politischen Einfluss ausüben können ausländische Mitbürger/innen

- a im Stadtrat.
- b im Ausländerbeirat.
- c im Landtag.
- d im Bundestag.

Kreuzen Sie die richtige Antwort an.

Der Nationalsozialismus und seine Folgen

1. Zwischen 1918 und 1933 war Deutschland

- a ein Kaiserreich.
- b eine Republik.
- c eine Diktatur.
- d ein Bundesland.

2. Wie kam Hitler an die Macht?

- a durch Zufall
- b mit Hilfe der Armee
- c durch eine demokratische Wahl
- d durch einen Krieg

3. Deutschland unter Hitler war

- a ein freies Land.
- b ein Bundesstaat.
- c ein demokratisches Land.
- d ein Unrechtsstaat.

4. Den Völkermord an den Juden nennt man

- a Antisemitismus.
- b Fremdenfeindlichkeit.
- c Holocaust.
- d Rassismus.

5. Widerstand gegen Hitler gab es

- a nicht.
- b von den meisten Deutschen.
- c vor allem in Berlin.
- d von Einzelpersonen und Gruppen.

6. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war Deutschland

- a von der Landkarte verschwunden.
- b größer als vor dem Krieg.
- c ein geteiltes Land.
- d wieder ein Kaiserreich.

Deutschland nach 1945

7. Die Zeit unmittelbar nach dem Krieg nennt man

- a alliierte Besatzung.
- b Stunde Null.
- c Wirtschaftswunder.
- d Kalter Krieg.

8. Die 1949 gegründete Bundesrepublik Deutschland ist

- a ein Bundesstaat mit einer demokratischen Verfassung.
- b eine Diktatur.
- c ein zentralistischer Staat.
- d ein Sozialstaat ohne Verfassung.

9. Wie nennt man den schnellen wirtschaftlichen Wiederaufbau Westdeutschlands?

- a Wirtschaftswunder
- b Marshall-Plan
- c Wirtschaftshilfe
- d D-Mark

10. Die 1949 entstandene Deutsche Demokratische Republik war

- a ein demokratischer Staat.
- b ein sozialistischer Staat.
- c ein Bundesstaat.
- d ein Kaiserreich.

11. Wirtschaftlich war die DDR

- a ein Wirtschaftswunderland.
- b ein Fünf-Jahres-Plan.
- c eine Planwirtschaft.
- d eine freie Marktwirtschaft.

Wiedervereinigtes Deutschland und Europa**12. Durch die neue Westpolitik von Michail Gorbatschow endete**

- a der Kalte Krieg.
- b der Zweite Weltkrieg.
- c die Diktatur Hitlers.
- d die Stunde Null.

13. Am 9. November 1989 kam es

- a zur Wiedervereinigung.
- b zu den Montagsdemonstrationen.
- c zur deutschen Einheit.
- d zum Fall der Berliner Mauer.

14. Die letzte Entscheidung über eine Wiedervereinigung Deutschlands hatten

- a die vier Siegermächte.
- b die Länder der Europäischen Union.
- c die beiden deutschen Staaten allein.
- d die USA und die Sowjetunion.

15. Am Beginn der Europäischen Union stand

- a die militärische Zusammenarbeit.
- b die wirtschaftliche Zusammenarbeit.
- c die soziale Zusammenarbeit.
- d die außenpolitische Zusammenarbeit.

16. Wie nennt man den engen Zusammenschluss europäischer Staaten in der EU?

- a europäische Politik
- b Europarat
- c Europaparlament
- d europäische Integration

Kreuzen Sie die richtige Antwort an.

Zusammenleben in der Familie und anderen Lebensgemeinschaften

1. Welche Lebensform gibt es in Deutschland nicht?

- a Patchworkfamilie
- b traditionelle Familie
- c Ehe mit mehreren Partnern
- d Singles

2. In der Familie demokratisch zu entscheiden, bedeutet:

- a der Vater entscheidet allein.
- b die Mutter entscheidet allein.
- c das älteste Mitglied entscheidet allein.
- d alle entscheiden gemeinsam.

3. Frauen haben

- a die gleichen Rechte wie Männer.
- b weniger Rechte als Männer.
- c mehr Rechte als Männer.
- d andere Rechte als Männer.

4. Das traditionelle Rollenbild der Frau hat sich stark verändert. Dieser Prozess heißt:

- a Emanzipation
- b Individualisierung
- c Modernisierung
- d Tradition

5. Der Staat unterstützt Familien durch verschiedene Maßnahmen. Welche Maßnahme gehört nicht dazu?

- a Elterngeld
- b Kindergeld
- c Arbeitsschutz
- d Mutterschutz

6. In Deutschland gibt es in Zukunft

- a mehr Kinder.
- b mehr ältere Menschen.
- c mehr Erwerbstätige.
- d mehr Geburten.

Erziehung und Bildung

7. Was ist das Ziel lebenslangen Lernens?

- a ein langes Leben
- b gute Noten in der Schule
- c politisches Engagement
- d persönliche Entwicklung und beruflicher Erfolg

8. Für die Erziehung der Kinder ist/sind vor allem verantwortlich

- a die Verwandten
- b die Eltern
- c die Kirche
- d die Freunde

9. Wichtige Erziehungsziele sind

- a Spaß und gute Laune.
- b Hygiene und Sauberkeit.
- c Selbstbestimmung und Verantwortung.
- d Fitness und Gesundheit.

10. Was ist kein Schulabschluss in Deutschland?

- a Volkshochschulabschluss
- b Abitur
- c Hauptschulabschluss
- d Realschulabschluss

Interkulturelles Zusammenleben**10. Normen und Werte**

- a sind auf der ganzen Welt gleich.
- b sind in jeder Kultur etwas anders.
- c macht jeder für sich.
- d sind gar nicht wichtig.

11. Was ist für das interkulturelle Zusammenleben wichtig?

- a Unterschiede betonen
- b stures Verhalten
- c Offenheit
- d Intoleranz

12. Was gehört nicht zu interkultureller Kompetenz?

- a Rollendistanz
- b Integration
- c Offenheit
- d Empathie

Religiöse Vielfalt**13. In Deutschland gibt es**

- a nur die christliche Religion.
- b verschiedene Religionen.
- c keine Religionen.
- d nur Islam und Christentum.

14. Staat und Kirche in Deutschland

- a haben nichts gemeinsam.
- b sind Konkurrenten.
- c arbeiten in manchen Bereichen zusammen.
- d sind in allen Bereichen sehr eng miteinander verbunden.

15. Religionsfreiheit bedeutet, dass

- a jeder eine Religion haben muss.
- b jeder sich frei für eine Religion entscheiden darf.
- c jeder sich über andere Religionen lustig machen kann.
- d alle frei sind.

Lösungen

Lösungen – Kopiervorlagen

Kopiervorlage 1

1. Bundesstaat, 2. Bremen, 3. Bürgermeister/in und Senatoren, 4. Landesregierung, 5. Stadtstaaten, 6. Bundesregierung, 7. Flächenstaaten, 8. Ministerpräsident/in, 9. Föderalismus, 10. Bayern

Kopiervorlage 2

Bund: Regelung der Staatsangehörigkeit, Verteidigung, Währungspolitik, Melde- und Ausweiswesen

Länder: Schulgesetzgebung, Polizeirecht, Ladenschluss- und Gaststättenrecht, Ausweisung von Naturschutzgebieten

Kommunen: Müllabfuhr, Versorgung mit Strom, Gas und Wasser, Straßenreinigung, öffentlicher Nahverkehr, Bereitstellung von Feuerwehr, Rettung, Katastrophenschutz, Bau und Wartung von Schulgebäuden, Auszahlung von ALG II nach Hartz IV

Kopiervorlage 3

Fall 1, Text E, Art. 6, 3 / Fall 2, Text C, Art. 2, 1 / 2, 2 / Fall 3, Text B, Art. 4, 2 / Fall 4, Text D, Art. 5, 1 / Fall 5, Text A, Art. 3, 2

Kopiervorlage 4

von oben nach unten: Bundesregierung, Bundesminister, Bundeskanzler/in, Bundespräsident/in, Bundesverfassungsgericht, alle 5 Jahre, Bundestag, Bundesrat, alle 4 Jahre, Bürgerinnen und Bürger

Kopiervorlage 5

1. Vorsorge, 2. Arbeitslosenversicherung, 3. Fürsorgepflicht, 4. Armutsrisiko, 5. Kindergeld, 6. Sozialstaat, 7. Krankenversicherung, 8. Versicherungspflicht, 9. Rente, 10. Berufstätige, 11. Beitragsfinanzierung. Lösungswort: Solidarität

Kopiervorlage 8

1. 1985, 2. Ost-West-Konfliktes, 3. Wiedervereinigung, 4. DDR-Bürger, 5. Montagsdemonstrationen, 6. 1989, 7. 40, 8. Staatschef, 9. 9. November 1989, 10. Berliner Mauer, 11. Deutsche Einheit, 12. D-Mark, 13. Alliierten, 14. 2+4-Vertrag, 15. 3. Oktober, 16. Hauptstadt

Kopiervorlage 9

1. Grundgesetz, 2. Entspannungspolitik, 3. Mauerbau, 4. Gorbatschow, 5. Nachkriegszeit, 6. Marshallplan, 7. Planwirtschaft, 8. Marktwirtschaft, 9. Alliierte, 10. Wiederaufbau, 11. Adenauer, 12. Volksaufstand, 13. Brandt, 14. Mauerfall, 15. Wirtschaftswunder, 16. Montagsdemonstrationen, 17. Republikflucht, 18. Kohl, 19. Teilung, 20. Kapitulation, 21. Rechtsstaat. Lösungsworte: Demokratie und Freiheit

Kopiervorlage 12

Frau Hermann macht Folgendes falsch: 1. Kinder schlagen und anschreien, 2. Sie erklärt nicht, warum sie etwas von ihnen möchte. 3. einseitige Rollenerziehung (ruft nur Mara in die Küche), 4. Konfliktsituationen werden nicht aufgelöst, 5. selbstständiges Handeln wird unterbunden, 6. Kinder werden nicht dazu motiviert, Neues auszuprobieren.

Kopiervorlage 14

1. Lebenslanges Lernen hält fit / 2. Deutschlernen als Schlüssel zur Integration / 3. Am gesellschaftlichen Leben teilnehmen? Neues lernen!

Lösungen – Multiple-Choice-Tests

MC-Fragen zum Modul Politik:

1b, 2a, 3b, 4c, 5a, 6d, 7b, 8d, 9a, 10c, 11b, 12c, 13d, 14b, 15a, 16d, 17b, 18d, 19c, 20c, 21d, 22b, 23b, 24d, 25c, 26b

MC-Fragen zum Modul Geschichte:

1b, 2c, 3d, 4c, 5d, 6c, 7b, 8a, 9a, 10b, 11c, 12a, 13 d, 14a, 15b, 16d

MC-Fragen zum Modul Kultur:

1c, 2d, 3a, 4a, 5c, 6b, 7d, 8b, 9c, 10b, 11c, 12b, 13b, 14c, 15b